Emil Maier-Dorn

Dr. Dr. Heinemann Geschichte und Geschichten

Antwort eines Deutschen auf zwei Ansprachen des Herrn Bundespräsidenten

Emil Maier-Dorn

Dr. Dr. Heinemann   Geschichte und Geschichten

Emil Maier-Dorn

Dr. Dr. Heinemann

GESCHICHTE UND GESCHICHTEN

Antwort eines Deutschen
auf zwei Ansprachen des
Herrn Bundespräsidenten
zum 20. Juli 1969
und 18. Januar 1971

Das erste Exemplar der ersten Ausgabe wurde dem Herrn Bundespräsidenten durch Einschreiben zugesandt. Seitdem erfolgte keinerlei Stellungnahme.

1972
3. Auflage, 17.–26. Tsd.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Sie machten sich bekanntlich öffentlich Vorwürfe, daß Sie im Dritten Reich nicht „mehr widerstanden“ und nicht „mutiger bekannt“ haben. Gerade deswegen schreibe ich Ihnen heute: Damit ich mir *diesen* Vorwurf dereinst nicht machen muß! Darum frage ich mich – jedoch im Gegensatz zu Ihnen zur rechten Zeit – was meine Pflicht ist und nicht etwa, welche Nachteile und Gefahren es für mich bringt, die Wahrheit zu sagen.
Ich weiß, daß Mut und Haltung heutzutage mit dem Prädikat „rechtsradikal“ belegt werden – einer Formel, mit der schlechtes Gewissen und geistige Hilflosigkeit auszukommen gedenken. Ich aber wollte in meinem Volke nicht mehr leben, wenn es nur noch „ohne mich“-Figuren gäbe, oder solche, die mit dem Umerziehungsatem in die Propaganda-Trompete blasen!
Widerstand ist ein stolzes Wort, wenn es gegen Lüge und Irrwege geht! Gleichviel, wie man auch immer diese Schrift verteufeln möge, ich würde sie verfassen und unter jenes deutsche Volk streuen, das ich liebe und an das ich glaube trotz aller Verlästerungen und trotz der Millionen Zeitgenossen, welche den Verfall unseres Geschichtsbewußtseins gedankenlos gleichgültig oder feige schweigend hinnehmen!

Die Deutschen und die Selbstbezichtigung

Herr Bundespräsident, Sie sagen:
„Alle Zukunft erwächst auch aus Vergangenheit. Einige Auffrischungen unseres Gedächtnisses können helfen, aus ihr zu lernen."

Dabei möchte ich Ihnen nun etwas zur Seite stehen. Sie zitieren die *„Deutsche Zeitung"* vom 28. Juni 1919: *„Heute wird im Spiegelsaal von Versailles der Schandfrieden unterzeichnet. Vergiß es ihnen nicht! Wo im glorreichen Jahr 1871 das deutsche Kaisertum in alter Herrlichkeit erstand, wird heute die deutsche Ehre zu Grabe getragen. Vergiß es ihnen nicht! In rastloser Arbeit wird sich das deutsche Volk wieder emporarbeiten, um sich den Platz unter den Nationen zurückzuerobern, der ihm zukommt. Dann Rache für die Schmach von 1919."*
So weit so gut. Der Eindruck, den Sie damit hervorrufen wollen ist doch: Da seht ihr die üblen Nationalisten, die uns einer edlen Welt der Humanität und des Friedens so entfremdet haben.
Nun darf aber auch i c h zitieren, und zwar den Militärkritiker der Pariser *„Temps"*, der im Ersten Weltkrieg, also Jahre zuvor, schrieb:
„Deutschland, Deutschland! Wir haben dich gehaßt, wir Männer meiner Generation, seit über unsere Kinderstirnen der Sturm der Niederlage brauste, seit jenen düsteren Wintertagen des Jahres 1870/71... Wir wollten Vergeltung. Unser Haß war ein Soldatenhaß, ehrlich, anständig, der nach Wiederaufnahme der

Schlacht am hellen Tage dürstete... und dieser Soldatenhaß hat fortgedauert, zäh und scharfsichtig, durch alle inneren Wirren und Zwistigkeiten."

Würden Sie nun freundlichst bedenken, daß General *Malleterre* wohl bekannter war und offiziöser, als der unbenannte Schreiber, den Sie anführen? Daß die „*Temps*" das offizielle Blatt Frankreichs war, nicht aber die „*Deutsche Zeitung*" für die deutsche Republik des Jahres 1919? Daß also zuerst die Malleterres den Ton angegeben haben und nicht umgekehrt die Deutschen?

Und war der Friede von 1871 nicht ein Wunder an Mäßigung gegenüber dem Versailler Diktat, das der französische Dichter und Nobelpreisträger Anatole France die „Fortsetzung des Krieges" nannte und der Leiter des britischen Frontkämpferverbandes, Oberstleutnant *Hutchinson* „ein monströses Stück politischer Gaunerei". War – wenn überhaupt – auf deutscher Seite „Haß und Rache" für den Versailler „Vertrag" von 1919 nicht berechtigter und begreiflicher, als auf französischer Seite für den Frankfurter Frieden von 1871?

Wohlverstanden, es geht hier nicht um eine widerwärtige und widersinnige Aufrechnung, besonders deswegen nicht, weil wir glücklich sind über die Aussöhnung mit unserem Nachbarn Frankreich! Aber wenn Sie schon alte Wunden glauben aufreißen zu sollen: Warum geschieht das in solch unerträglicher Unaufrichtigkeit? Fühlen Sie sich als Bundespräsident wirklich berufen, Ankläger des deutschen Volkes zu sein, statt dessen kluger und mannhafter Verteidiger? Würden Sie persönlich einen Anwalt dulden, der vor Gericht allen Kehricht zusammenträgt, um Sie zu belasten, nur damit dieser Herr zur Schau stellen kann, wie gerecht er

denkt? Ist das deutsche Volk recht eigentlich Ihr Mandant oder Ihr Angeklagter? Haben Sie bei Ihrem Amtsantritt nicht geschworen, „Gerechtigkeit gegen jedermann“ zu üben? Warum täuschen Sie das deutsche Volk darüber hinweg, daß es in der gleichen Sache auch entlastende Beweise gibt? Oder kennen Sie dieselben etwa gar nicht? Woher nehmen Sie dann Anlaß und Mut, in solcher Weise aufzutreten? Muß ausgerechnet ein Bundespräsident die Erkenntnis erhärten, die Thomas *Mann* 1918 in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ niedergelegt hat:

„. . . die Tatsache besteht, daß die deutsche Selbstkritik bösartiger, radikaler, gehässiger ist, als die jedes anderen Volkes, eine schneidend ungerechte Art von Gerechtigkeit, eine zügellose, sympathielose, lieblose Herabsetzung des eigenen Landes nebst inbrünstiger kritikloser Verehrung anderer . . . Eine französische Kanone scheint verehrungswürdig, eine deutsche verbrecherisch, abstoßend, idiotisch . . . !“

Sie beschwören den „nationalistischen Übermut des Sieges über Frankreich“ 1871. Wäre es nicht Ihren humanitären Bestrebungen angemessener, der heutigen Jugend, die doch für solche Ideen so empfänglich ist, zu erzählen, was die von Ihnen so gerne des „gewalttätigen Nationalismus“ bezichtigten Deutschen damals dachten und taten? War es denn Bismarck nicht erst nach qualvollen Mühen möglich, gegen *die* Militärs, gegen Kronprinz, Kaiserin und Kaiser die nun einmal notwendige Beschießung von Paris durchzusetzen? In welchem Lande wäre es auch nur denkbar, daß die Gesamtheit der maßgeblichen Instanzen sich sträubt, die erforderliche militärische Maßnahme gegen einen Angreifer zu treffen?

Warum sagen Sie nicht, daß trotz empfindlichsten Man-

gels an Transportmitteln (der 1870/71 sogar die militärischen Schritte erheblich verzögerte) die Deutschen eintausendfünfhundert Eisenbahnachsen mit Nahrungsmitteln beladen monatelang bereitgestellt hatten, um ja sofort nach der Kapitulation Paris mit Lebensmitteln versorgen zu können?

Daß der US-Präsident Herbert *Hoover* in seinen Memoiren berichtet von dem vorbildlichen Verhalten der deutschen Heeresleitung in Belgien und Nordfrankreich während des Ersten Weltkrieges, wo Lebensmitteltransporte für die belgische und französische Bevölkerung grundsätzlich sogar den Vorrang vor militärischen Materialtransporten hatten?

Daß nach *Hoovers* Zeugnis die dortige Bevölkerung Ende 1918 weit besser ernährt war, als das von den Feinden ausgehungerte Deutschland, das „Herrenvolk", wie man so gerne höhnt?

Daß, ebenfalls von *Hoover* bestätigt, *Hitler* im Zweiten Weltkrieg noch weitergehende Anerbieten für die gleiche Bevölkerung machte, die aber brüsk von den Demokratien des Westens zurückgewiesen wurden?

Halten Sie dagegen, daß die Sieger von 1945 trotz der noch vorhandenen d e u t s c h e n Lebensmittelvorräte künstlich und vorsätzlich eine derart gnadenlose Hungersnot veranstalteten, daß in Bayern von 1000 Neugeborenen dreihundert im ersten Lebensjahr starben –

daß in Berlin die natürliche, tägliche Sterberate von 150 Menschen im August 1939 auf nunmehr viertausend im August 1945 anstieg und im A m e r i k a n i s c h e n Sektor von Berlin von zwanzig Neugeborenen nur noch eines am Leben blieb. Dann frage ich Sie, Herr Bundespräsident, woher Sie die Kühnheit nehmen, angesichts dieser Haltung der siegreichen De-

mokratien unser Volk, das doch wohl auch das Ihrige ist, mit Ihren gewohnheitsmäßigen Anklagen zu belästigen und den Eindruck zu erwecken, als hätten wir Deutsche den anderen mehr abzubitten, als diese uns?

Hat sich nicht das verlästerte deutsche Volk trotz undemokratischer Führung in all diesen Fällen besser benommen, als die „guten Völker" im Namen der Humanität unter demokratischen Regierungen?

Herr Bundespräsident, Sie stellen fest:
„Die junge Generation mag von Geschichte nicht mehr viel hören."

Nein, Herr Bundespräsident, ich widerspreche Ihnen hierin mit allem Nachdruck! Die Jugend will im Grunde nur von *dem* nichts mehr hören, was Sie und Ihre politischen Glaubensbrüder als „Geschichte" ausgeben! Denn keine Jugend der Welt will täglich an der Klagemauer antreten! S o l c h e Geschichtslehrer fragt der junge Mensch am Ende so, wie im „Faust" der Herr den Mephisto:

„Hast Du mir weiter nichts zu sagen?
Kommst du nur immer anzuklagen?
Ist auf der Erde ewig Dir nichts recht?"

So kommt es denn, daß trotz all der bewundernswerten Leistungen der Deutschen in ihrer großen Geschichte nicht nur das eigene Volk an sich selbst irre wird, sondern daß sich auch das Ausland angewidert von uns abwendet. Berichtete doch Ihr Parteifreund, Prof. Dr. Carlo *Schmid* (SPD), nach einer USA-Reise:
„Den Deutschen begegnet drüben in Amerika schiere Verachtung. Wir sind als Nation unglaubwürdig geworden."!*
Der französische Ministerpräsident Clemenceau sagte 1919:

* soweit sie in der Politik auftreten.

„Die Deutschen kennen keine Mittellinie, sie sind maßlos. In guten Tagen verherrlichen sie ihre Ideale bis zur Selbstaufopferung, nach der Niederlage aber beschmutzen sie ihr eigenes Nest, nur um uns zu gefallen."
In welcher der beiden Phasen, die hier ein maßgeblicher Franzose anspricht, befinden wir uns, Herr Bundespräsident, wohl heute?
Der US amerikanische Staatssekretär im Außenamt (während des Zweiten Weltkrieges), Sumner *Welles*, schrieb in seinem Buch „Time for Decision" über die Deutschen:
„... es ist eine einzig dastehende Tatsache, daß kein Volk einen größeren Beitrag zum philosophischen, wissenschaftlichen, literarischen und musikalischen Erbe der modernen Kultur geleistet hat."
S o l c h e Töne sollte unsere Jugend vorwiegend von den höchsten Repräsentanten der deutschen Politik zu hören bekommen – damit sie wieder aufhorcht, wenn von deutscher Geschichte die Rede ist.

Und uns scheint, daß die Schaffung eines berechtigten Selbstbewußtseins für unsere Jugend angebrachter wäre als die Züchtung von Minderwertigkeitskomplexen, die seit 1945 im Sinne der Umerziehungsbemühungen der Sieger liegen! Aber dazu müßten nicht zuletzt Sie, Herr Bundespräsident, sich zu der Weisheit des großen Schweizer Kulturhistorikers, Jakob *Burckhardt* aufschwingen, der da wußte:
„Eine große Nation, die durch Kultur, Taten und Erlebnisse mit dem Leben der ganzen neueren Welt verflochten ist, überhört es, ob man sie anklage oder entschuldige."

Politik – Bereich der Macht oder der Ohnmacht?

Herr Bundespräsident, Sie sagen:
„Um den Kaiser standen in Versailles allein die Fürsten, die Generäle, die Hofbeamten, aber keine Volksvertreter.“

Gewiß wäre eine sichtbare Würdigung jener nationaldeutschen Vertreter von 1848 erfreulich und berechtigt gewesen, die ja die Entwicklung von 1870 so kraftvoll mitgetragen haben, und Männer wie Uhland, Turnvater Jahn und Friedrich Grimm hätten diese Ehre hoch verdient. Dennoch ist Ihre Bemerkung ein Hinweis in die falsche Richtung – eher geeignet, das historische Verständnis zu verdunkeln, als es zu bewirken! Waren doch die „1848er“ an dem Auseinanderklaffen ihrer politischen Grundvorstellungen ebenso gescheitert, wie an ihrem Gegensatz zu den eigentlichen Trägern der Macht in Deutschland und im europäischen Ausland – allen voran Rußland!
Die Einigung Deutschlands konnte damals eben nur in Fluß gebracht werden und zum praktischen Erfolg geführt werden über die deutschen Fürsten und deren militärische Kräfte! Das Genie Bismarcks gründete Hoffnung und Wirken in Veranschlagung der wirklichen Verhältnisse nicht auf löbliche Bestrebungen der Parlamente und nicht auf öffentliche Bekundungen von patriotischen Meinungen und Absichten, sondern auf den Einsatz und die Lenkung derer, die im Besitz der tatsächlichen Macht waren!
Otto von *Bismarck*: *„Niemals, auch in Frankfurt nicht*

(1850) bin ich darüber in Zweifel gewesen, daß der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag und nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse oder bei der Barrikade. Die Kundgebungen der öffentlichen Meinung der Gebildeten in Parlament und Presse konnten fördernd und aufhaltend auf die Entschließung der Dynastien wirken, aber sie förderten das Widerstreben der letzteren vielleicht häufiger, als daß sie eine Pression in nationaler Richtung ausgeübt hätte."*

Nach Ihren Worten, Herr Bundespräsident, hat man den Eindruck, als ob die Verkörperung Deutschlands im Spiegelsaal zu Versailles ein Stilbruch sei, während sie doch nur die Verdeutlichung der eigentlich handlungsfähigen Kreise war. Wer solchermaßen die geschichtlichen Wirkungskräfte verdeckt, soll sich nicht wundern, daß die in der Gegenwart handelnden Vertreter der Politik Wünschen und Theorien den Vorzug geben gegenüber Tatsachen und Möglichkeiten.

Die „Frankfurter von 1848" sind uns eben nicht nur Vorbild, sondern auch warnendes Beispiel: Daß in der Politik wohlmeinende Redensarten den Sinn für handfeste Gegebenheiten nicht ersetzen können.

Bismarck: „Die Redner von Frankfurt vergriffen sich in den Mitteln, mit denen das nationale Ziel, das der Mehrheit der Gebildeten vorschwebte, erreicht werden konnte. Sie wandten sich an die Denker; sie glaubten, mit Reden und öffentlicher Meinung ließe sich alles machen und sie bestätigten das Dichterwort: ‚Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Dinge.' Was sich so hart im Raume stieß, war die – M a c h t !"

Der tatsächliche Vorgang der Reichsgründung von 1871 vollzog sich, wie alle entscheidenden Neugestal-

* Alle Anmerkungen in Klammern sind vom Verfasser

tungen von bedeutenden Staaten im Raume der Macht. Insofern ist das von Ihnen beanstandete Bild bei der Ausrufung des neuen deutschen Reiches sinnbildhaft für den geschichtlichen Vorgang. Ihre Bemerkung aber ist geeignet, Millionen unwissender Zuhörer auf eine völlig falsche Fährte zu locken und demzufolge vom Geschichtsverständnis wegzuführen, statt sie zu demselben hinzuleiten. Wer unter Ihrem Blickwinkel die Ereignisse des Jahres 1871 sieht, kommt mir vor, wie ein Musikliebhaber, der eine Gemäldeausstellung miserabel findet, weil dort nicht ein einziges Orchester zu hören ist.

Geschichte lehren, heißt, die in ihr gestaltenden Kräfte im Zusammenhang mit den tatsächlichen Gegebenheiten sichtbar machen – nicht aber, dem Gang der Welt die Schablone einer Parteidoktrin anzulegen und anhand einer für den Augenblick gültigen Tabelle Zensuren abzulesen!

Oder wollen Sie, Herr Bundespräsident, es darauf ankommen lassen, daß der unterrichtete Beurteiler von Ihren Ansprachen sagt:

„Was Ihr den Geist der Zeiten heißt,
Das ist im Grund der Herren eigner Geist,
in dem die Zeiten sich bespiegeln"?

Jubeln auf dem falschen Bein

Herr Bundespräsident, Sie fragen:
„Durften wir 1871 jubeln?"

Nun, wenn die Politiker Deutschlands vom Jahre 1970 für normal gelten sollen, dann gewiß nicht, denn heute jubelt ein deutscher Außenminister, wenn es ihm nach „heroischen" Verhandlungsbemühungen am Ende doch noch gelingt, die Polen dahin zu bringen, daß sie geruhen, ein Viertel des deutschen Volksbodens sich aufdrängen zu lassen bzw. für den Raub von 1945 die Übereignungsurkunde auf dem Wege des Entgegenkommens freundlichst anzunehmen. Der Herr Außenminister ist dann „sehr glücklich". Wie geschmacklos war es dagegen doch 1871, darüber zu jubeln, daß nunmehr die meisten Deutschen in einem deutschen Staate leben durften! Wie undeutsch, einem Ereignis zuzujubeln, über das sich jedes gewöhnliche Volk der übrigen Welt ebenfalls hocherfreut zeigt! Umerzogen müßte man sein, um des Bewußtseins teilhaftig zu werden, daß man durch Niederlagen recht eigentlich siegt und riesige Verluste an Volksboden „sehr glücklich" machen!
Aber der Wahnsinn hat nicht *nur* Methode, sondern auch Tradition! Rief doch der sozialdemokratische Reichskanzler (Scheidemann, SPD) 1918 genau während Marschall Foch in Compiègne die grausamen Waffenstillstandsbedingungen diktierte vom Fenster des

Deutschen Reichstagsgebäudes aus: *„Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt."* Am selben Tag war einem anderen Marxisten nach „Vollendung" zumute – Karl *Liebknecht: „Wir rufen zur Vollendung der Weltrevolution auf!"*

Und in München schrieb Herr Kosmanovsky, der sich *Eisner* nannte: *„Jetzt erst lohnt es sich zu leben!"*

Stellen wir nur immer den Deutschen auf den Kopf und das alte, fad-normale Weltbild macht den leuchtenden Perspektiven des Verfalles Platz!

Sprechen wir also von Fehlern, statt von Leistungen, von Niederlagen, statt von deutschen Erfolgen (ausgenommen Fußballsiege!) von unseren Sünden, statt von unseren Tugenden.

Jubel über Sedan und die Reichsgründung? Wie ordinär! Wer das Herz auf dem rechten Fleck hat, jubelt, wenn der Feind das Land besetzt hält, weil man dann wenigstens befreit ist. Meinten Sie das nicht sehr richtig so, Herr Bundespräsident, oder habe ich da einen falschen Ton aus Ihrer Ansprache herausgehört?

Die gemäßigten Gewaltmenschen und die gewalttätigen Menschenfreunde

Herr Bundespräsident, Sie erwähnen das Wort von „Bismarck als Schöpfer der Einheit aus Eisen und Blut". Ich nehme dies zum Anlaß, Sie zu fragen, wo in aller Welt ein Staat von Bedeutung anders entstand, oder wo ein solcher seine Einheit bewahren konnte ohne „Eisen und Blut"? Sie haben ein andermal vom „gewalttätigen deutschen Nationalismus" gesprochen. Ich gestatte mir dazu die Anmerkung, daß zumindest bei der Deutschen Einigung die deutsche „Gewalttätigkeit" sich weiß Gott wohltuend abhebt von den Gesinnungen und Taten anderer Zeiten und anderer Völker! Als 1866 die Entscheidung von Königgrätz gefallen war, drängte Bismarck auf raschesten Friedensschluß und kämpfte leidenschaftlich gegen jenen Wahn, der 1918 und 1945 die großen Demokratien beherrschte: Daß der Sieger eines Richteramtes zu walten oder gar „Rache" zu nehmen hätte. Es war leider den Demokratien der USA, Englands und Frankreichs vorbehalten, ganze Völker zu quälen, als hätte der einzelne Bürger Schuld, oder als hätte das deutsche Volk etwas anderes getan, als die Völker der Siegerstaaten!

Bismarck: „Österreichs Rivalitätskampf gegen uns (1866) ist nicht strafbarer als der unsrige gegen Österreich." „Wir haben nicht eines Richteramtes zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben."

Wenn Sie Herr Bundespräsident die deutsche Jugend für Geschichte erwärmen wollen, dann schlage ich Ihnen vor, solche deutschen Worte ihr ins Bewußtsein zu bringen, wo die nach Menschlichkeit verlangende junge Seele in vollem Einklang steht mit den Anschauungen tragender Persönlichkeiten der deutschen Geschichte!
Während 1918 der spätere Präsident der USA, Herbert *Hoover,* über die Vertreter der großen Weltdemokratien bei den Pariser Friedensverhandlungen klagen mußte, sie berieten „in einem Hochofen von Haß", wo keiner mehr eine freie Entscheidung nach seinem Gewissen zu fällen wagte – konnte *Bismarck* mitten im Krieg (September 1870) noch erklären: *„Strafe und Rache haben mit der Politik nichts mehr gemeinsam. Die Politik darf sich nicht einfallen lassen, die Nemesis anzurufen, oder das Amt des Richters auszuüben... In unserem Fall würde die Frage lauten, wer wird uns nützlicher sein – ein schlecht behandelter Napoleon oder ein gut behandelter Napoleon? ...es ist nicht ausgeschlossen, daß man eines Tages wieder mit ihm rechnen muß."*
Wie dankbar wäre unsere Nation, wenn man sie an solche Quellen politischer Einsicht führen würde, statt nur immer den Eindruck zu vertiefen, wie dumm, wie falsch und wie verwerflich doch alles war – als wäre die deutsche Geschichte nur Mischmasch von Irrtum und Gewalt – ausschließlich dazu angetan, Widerwillen, Beschämung und bestenfalls jene Langeweile hervorzurufen, die Sie ja auch selbst ausdrücklich beklagen müssen!

Ein Satz – zwei Irrtümer

Herr Bundespräsident, Sie sagen:
„Bismarck erzwang 1871 den kleindeutschen fürstlichen Bundesstaat unter Ausschluß auch der Deutschen in Österreich, – das ist richtig.“

Ich widerspreche abermals entschieden. Ihre Aussage ist angetan, völlig falsche Eindrücke zu erzeugen. Sie ist in der Art der Abfassung geeignet, die Meinung zu stützen, als wäre nach Sachlage überhaupt ein anderes Ergebnis denkbar gewesen, als ein Bundesstaat deutscher Fürsten. Ferner hört sich dieser Satz so an, als hätte ein Einschluß Österreichs 1871 auch nur zur Erörterung gestanden! Erforderte es nicht schon die größtenAnstrengungen, eine militärische Entscheidung in Frankreich zu erzielen, ehe dritte Mächte eingreifen? Hätte Bismarck etwa auch noch Krieg mit Österreich-Ungarn suchen sollen? Hätte das Reich etwa ein Vielvölkerstaat mit Tschechen, Ungarn und anderen werden sollen? Oder sollte die Donaumonarchie Wien und den tragenden Kern des eigenen Staates – Deutsch-Österreich – ausklammern und abtreten? Und das ohne Kampf?
Und die kleindeutsche Lösung von 1870/71 habe Bismarck „erzwungen?“ Wieviel Zwielicht in einem einzigen Satz, der zwar nichts besagt, dafür aber eine Fülle zeitgemäßer Abneigungen zu fördern geeignet ist!
Der „Zwang“ *Bismarcks* auf die deutschen Nachbarstaaten war 1870 aber dergestalt, daß er nach dem Abschluß mit dem wichtigsten Staat – Bayern – zu

seinem Mitarbeiter Moritz *Busch* sagen konnte: „*Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemußt und er kann recht haben – mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind... Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber er ist so fester. Was fehlt, mag die Zukunft beschaffen.*“
So dachte und handelte in Wahrheit der Kanzler von Bismarck! Haben Sie nicht wieder einmal das ungestalte Gegenteil des wirklichen Sachverhalts der Welt nahezubringen versucht? Und Sie erwarten immer noch von der Jugend Teilnahme und Neigung für unsere deutsche Geschichte?

Neue Logik: Die Ursache kommt von der Wirkung

Herr Bundespräsindet, Sie sagen:
„Sie (die Reichsgründung) hat das deutsche Nationalbewußtsein einseitig an die monarchisch konservativen Kräfte gebunden, die in den Jahrzehnten vorher dem demokratischen Einheitswillen hartnäckig im Wege gestanden hatten.“

Zunächst einmal: Hatten die Deutschen ganz unbeobachtet und unabhängig über ihre Einigung zu befinden? Sie erwähnen mit keinem Wort die europäische Staatenwelt. Hat denn die Haltung auswärtiger Mächte gar nicht, oder nicht gar entscheidend zum Scheitern der Paulskirche 1849 beigetragen?
Waren nur „monarchische Kräfte“ gegen das neue demokratische Deutschland des Frankfurter Parlamentes?
Ist Ihnen denn nicht bekannt, daß gleichzeitig mit dem autokratischen Rußland vor allem das parlamentarisch geführte England gegen das neue demokratische Deutschland von 1848 aufgetreten ist? Hat nicht die Nationalversammlung von Frankfurt unter allgemeiner Zustimmung die Schaffung einer Kriegsflotte beschlossen? Und war es nicht jenes England, dessen freiheitliche Überlieferung Sie bewundern , weil es schon 1215 die „magna charta libertatum“ verkündete – welches die Sache der deutschen Einheit in Freiheit niederhalten half mit der Drohung, Kriegsschiffe mit der Flagge Schwarz-Rot-Gold wie Piratenschiffe zu behandeln? Warum sagen Sie uns das nicht auch? Verdeckt man derart wichtige politische Faktoren nur deshalb, weil sie nicht in die Schablone des Vorurteils passen?

Zudem: Gab es überhaupt e i n e n demokratischen Einheitswillen? Gab es nicht deren allzuviele und unvereinbare Willen? War dies nicht sogar der Hauptgrund, weswegen man in Frankfurt 1848/49 überhaupt nicht zum H a n d e l n kam? Und macht man denn überhaupt Geschichte durch Reden oder durch Handeln?

Gab es unter den Kräften von 1848 nicht auch solche, die das fürstliche Regiment offen und klar stürzen wollten? Und hatte man nicht spätestens seit der Hinrichtung Ludwigs XVI., 1793, begründete Besorgnisse auf seiten der Dynastien? Man braucht kein Monarchist zu sein, um sich zu fragen: Ist es nicht weltfremd, wenn Sie sich über den hartnäckigen Widerstand der Fürsten gegen eine Einigung von d i e s e r Seite verwundern?

So gesund waren die deutschen Dynastien trotz mancher Schwächen immer noch, daß sie sich nicht nach ihrem Untergange sehnten!

Nicht die Reichsgründung hat das deutsche Nationalbewußtsein an die Dynastien gebunden, sondern genau umgekehrt!

Bismarck: „Die deutsche Vaterlandsliebe bedarf eines Fürsten, auf den sich ihre Anhänglichkeit konzentriert. Wenn man den Zustand fingierte, daß sämtliche deutschen Dynastien plötzlich beseitigt wären, so wäre nicht wahrscheinlich, daß das deutsche Nationalgefühl alle Deutschen in den Friktionen europäischer Politik völkerrechtlich zusammenhalten würde . . . Die Deutschen würden fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verloren ginge, welches in dem gemeinsamen Standesgefühl der Fürsten liegt.“

Nun mag es ja sein, daß Sie das Deutschland zu

Bismarcks Zeiten besser beurteilen können, als Bismarck selbst. Ich neige allerdings dazu, Herrn von Bismarck das zutreffendere Urteil über die Verhältnisse zu seinen Lebzeiten zuzutrauen. Dies unterstellt, hätten Sie wieder einmal den Gaul beim Schwanz aufgezäumt und die Wirkung für die Ursache ausgegeben: Diese Bindung an die Dynastien war nicht das Ergebnis der Reichsgründung, sondern eine ihrer tragenden Voraussetzungen. Überdies meine ich, ein echter Patriot unter den „1848ern", der seine Pläne in Frankfurt scheitern sah, konnte doch nur dankbar und glücklich sein, daß das oberste Anliegen aller deutschen Politik – die EINHEIT – auf diesem Wege so weit vorangekommen war. Von allen, die diese Genugtuung nicht empfanden, konnte *Bismarck* wohl mit Recht das bittere Wort sagen:

„Die Deutschen sind so eng, so eng!"

Nicht die Auflehnung gegen die Dynastien versprach die mögliche Einigung der deutschen Teilstaaten, sondern ihre Bejahung und Nutzung zur Errichtung einer deutschen Zentralgewalt. Der Erfolg bestätigte die Richtigkeit solcher Voraussicht und endlich wuchs das Volk in diesem neuen Bundesstaat als wahre Schicksalsgemeinschaft so fest zusammen, daß das Reich 1918 dann auch den Sturz der Dynastien überdauerte.
Bismarck: „Ich würde gegen das brandenburgische Fürstenhaus keine Waffen gehabt haben, wenn ich ihm gegenüber mein deutsches Nationalgefühl durch Bruch und Auflehnung hätte betätigen müssen; die geschichtliche Prädestination lag aber so, daß meine höfischen Talente hinreichten, um den König und damit schließlich sein Heer der deutschen Sache zu gewinnen."
Herr Bundespräsident, darf ich nunmehr abschließend

fragen: Sind Sie geneigt, sich von Bismarck über diese Zusammenhänge aufklären zu lassen, oder meinen Sie, einen Kanzler belehren zu müssen, den der französische Unterhändler von Versailles, *Jules Favre,* 1871 den „kühlen Geschäftsmann" der Politik nannte und den die ganze Welt als den überragenden Staatsmann des 19. Jahrhunderts anerkannte?

Was dem Ausland recht, ist uns noch lange nicht billig

Herr Bundespräsident, Sie sagen:
„Für unsere französischen Nachbarn war es eine tiefe Demütigung, daß unser Nationalstaat in ihrem Lande ausgerufen und ihnen zugleich Elsaß-Lothringen weggenommen wurde. Diese Demütigung konnte Frankreich nicht vergessen."

Zunächst einmal setzen Sie wohl voraus, daß Frankreich nicht halb soviel vergessen kann, was Deutschland schlichtweg zu vergessen hatte: Elsaß und Lothringen. Noch dazu Provinzen, die volkstumsmäßig deutsch bzw. weitgehend deutsch waren. Landesteile, die mit so üblen Mitteln uns entwunden worden waren, daß der Erzbischof *Fénélon* seinem König Ludwig XIV. ins Gesicht sagen konnte: *„Sire, mitten im Frieden haben Sie Krieg geführt und wundersame Eroberungen gemacht. Sie haben eine Réunionskammer eingesetzt, um Richter und Partei zugleich zu sein. Das hieß Kränkung und Hohn der Rechtsanmaßung und Gewalttat hinzuzufügen. Dieses Verhalten hat ganz Europa gegen Sie vereinigt und in Erregung versetzt."* Um ein Land mit d i e s e r Geschichte ging es! Und wenn gegen den Wunsch Bismarcks dieses Land 1871 an Deutschland zurückkam, dann nur zufolge der ernsten Vorstellungen, welche von militärischer Seite erhoben wurden – um eine besser zu verteidigende Grenze gegen einen Nachbarn zu haben, der seit dem politischen Testament *Richelieus* aus dem Jahre 1629 die Stadt Straßburg forderte: „Pour aquérir une entrée en Allemagne" – „um eine Einfallspforte nach Deutschland zu erwerben!"

Sehen Sie Herr Bundespräsident, hierin sind Sie leider allzu deutsch: Daß Sie sich zuerst den französischen Kopf zerbrechen, um anschließend – kein Wort und keinen Gedanken für das eigene nationale Lebensinteresse und das Recht der eigenen Seite übrig zu haben. Daher sagt ja auch *Bismarck: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt.“*

Und da Sie ein andermal sagten, man dürfe sich nicht „aus der Frage davonstehlen“, woher die deutsche „Eroberungssucht“ komme, sondern vielmehr die Antwort „bis tief in die allgemeine Geschichte Europas“ hinein verfolgen müsse, führe ich eine englische Zeitung – die „*Times*“ vom 16. Juli 1870 – über den Krieg 1870 an: *„Das größte nationale Verbrechen, das wir seit den Tagen des ersten französischen Kaiserreiches zu verzeichnen hatten, ist begangen worden. Der Krieg ist erklärt worden – ein ungerechter aber vorsätzlicher Krieg. Dieses schreckliche Unglück, das Europa in Bestürzung versetzt, ist – das ist jetzt nur allzuklar – das Werk Frankreichs. . .“*

So fand dann der Krieg denn in Frankreich statt und die Spitzen der deutschen Regierungen und der deutschen Armeen kätten wohl alle abreisen sollen, – aus Versailles, wo sie seit vielen Wochen Wohnung bezogen hatten, um nur nicht dort das neue Reich auszurufen! Wegen der Demütigung! Darf man Sie, Herr Bundespräsident, bei dieser Gelegenheit an einen gewissen Herrn Benedetti erinnern, der als Botschafter Frankreichs vom preußischen König in Bad Ems eini-

ge Monate zuvor (13. Juli 1870) verlangte, er soll – und zwar n a c h der Erledigung der spanischen Thronkandidatur, die Wilhelm I. sowieso nichts anging, wie ein geprügelter Schüler versprechen, daß er solches künftig gewiß nicht wieder tun würde? D a s war eine gezielte Demütigung, und zwar, wie auch die Londoner „Times" meinte, eine kriegsauslösende! Haben nach Ihrer Meinung nur a n d e r e Nationen das Anrecht auf Empfindlichkeit, wenn es um Würde und Ehre geht? Sind wir wirklich schon zu jenen Gestalten geworden, von denen Friedrich Schiller sagte:

„Erschrocken fliehn sie vor dem Bilde ihrer
inneren Größe,
Gefallen sich in ihrer Armut,
Schmücken mit feiger Weisheit ihre Ketten aus
Und Tugend nennt man, sie mit Anstand tragen!"

Sie entrüsten sich, wenn ein uns unbekannter Berliner Zeitungsschreiber Rache für das Versailles von 1919 fordern kann. Aber Sie verschweigen, daß der amtierende Ministerpräsident Frankreichs, *Clemenceau,* 1919 zum Abschluß des Waffenstillstands mit Deutschland bemerkt: *„Endlich ist er da, der Tag, auf den ich seit einem halben Jahrhundert gewartet habe! Der Tag der Rache ist gekommen."*
Wir laufen den Polen nach und bitten: Nehmt hunderttausend Quadratkilometer deutschen Volksbodens, ja „wir sind sehr glücklich" hierüber; aber als zwei deutsche, uns geraubte Landstriche von der Größenordnung des Elsaß mit seinen ganzen 8300 qkm ihrem deutschen Reich wieder angegliedert wurden, sprach der Sozialdemokrat August Bebel von „kosakischer Barbarei"!

Und ist Ihnen überhaupt klar, Herr Bundespräsident, was eine Demütigung ist? Versailles 1871? oder Versailles 1919? Ich lese aus dem Bericht des US-amerikanischen Außenministers, *John Foster Dulles* – der 1918/19 der US-Friedensdelegation angehörte – über seine Wahrnehmungen 1919: *„Ich erinnere mich lebhaft, wie dort die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation in ein mit Stacheldraht eingefaßtes Gehege verwiesen wurden, den Blicken wie Tiere in einem zoologischen Garten ausgesetzt und ihnen jede persönliche Berührung mit alliierten Delegierten versagend... Wir kennen die Ergebnisse dieses Realismus."*

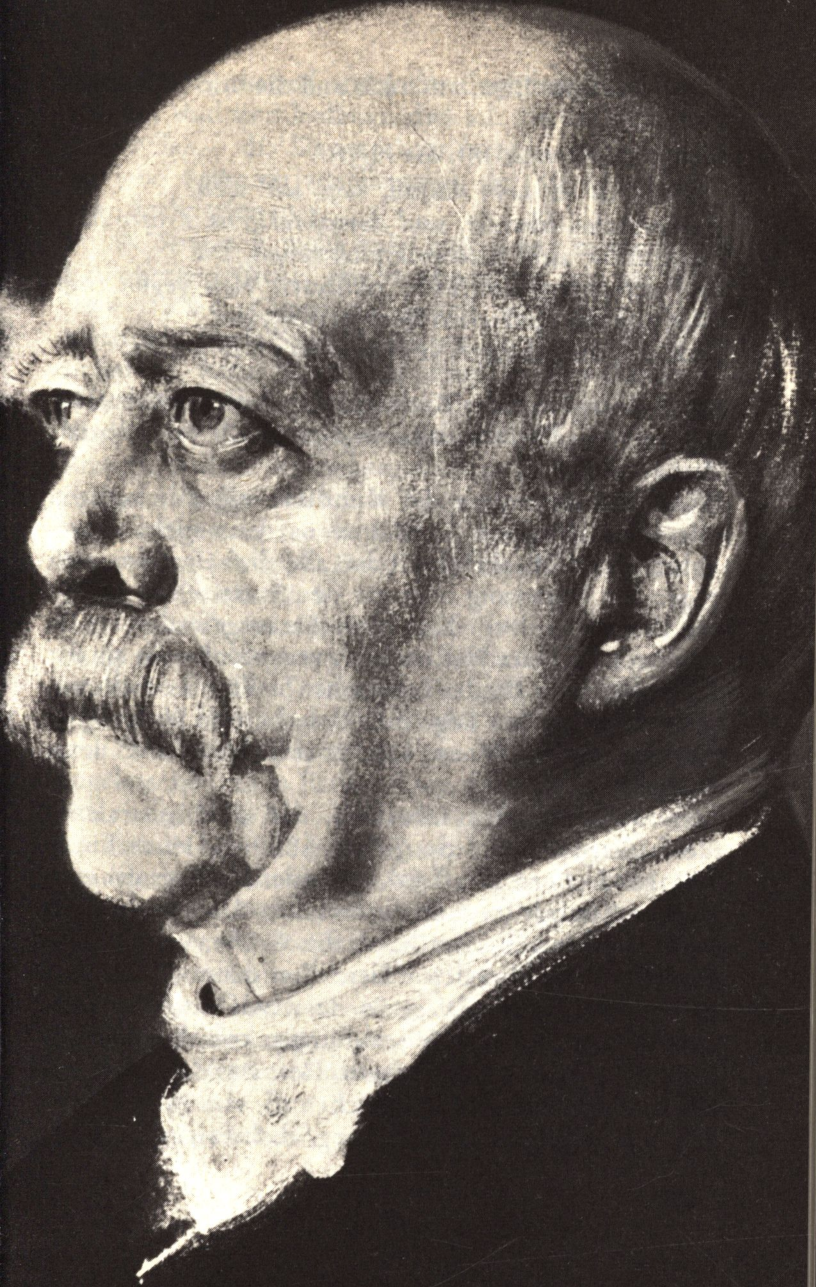
Demütigung war, daß die Engländer – nachdem *Neville Chamberlain* versprach, von den Deutschen nichts zu erwarten, „was ihre Selbstachtung verletzen könnte" – im Mai 1945 in Mürwik bei Flensburg die Mitglieder der deutschen Reichsregierung in einen Saal zusammentreiben ließen, um sie dort nackt auszuziehen und zu photographieren!

Demütigung war die Vergewaltigung hunderttausender deutscher Frauen durch die, die sich Befreier nannten!

Herr Bundespräsident, Sie sind mit so erstaunlichem Eifer bemüht, ein moralisches Gefälle zwischen den demokratischen Völkern und dem unseren aufzuzeigen. Ich habe daher Anlaß, Sie auf die geläuterte Gesinnung des obersten Vertreters der humansten Demokratie – *F. D. Roosevelt* – hinzuweisen, der da meinte: *„Wenn es nach mir ginge, würde ich das deutsche Volk für die nächsten 25 Jahre um sein Brot Schlange stehen lassen...*

Wir müssen das deutsche Volk entweder kastrieren, oder so mit den Deutschen verfahren, daß sie künftig

keine Menschen mehr zeugen können, die den bisherigen Weg fortsetzen können." Ich könnte mir denken, daß, wenn solches ein Deutscher der letzten hundert Jahre gesprochen hätte, diese Aussprüche dann der Höhepunkt ihrer Geschichtsschelte gegen das deutsche Volk geworden wären!



Das böse Bismarckreich und die braven Parteien

Herr Bundespräsident, Sie sagen:
„Daher ist es kein Zufall, daß wir viele freiheitliche, liberale, und demokratische Kräfte in Opposition zum Bismarckreich sehen. Die drei schweren Konflikte richteten sich gegen drei Gruppen der deutschen Bevölkerung, die andere Vorstellungen vom Einheitsstaat hatten."

Sie meinen Liberale, Katholiken und die „Reichsfeinde" und „Vaterlandslosen Gesellen" der Sozialdemokratie.
Wieso richteten sich die Konflikte eigentlich gegen „die drei Gruppen"? Könnte es denn nicht umgekehrt sein, daß einzelne oder alle drei Gruppen sich gegen die *Regierung* oder gar den Staat selbst gerichtet hatten? *Wer* hat *wen* herausgefordert? Ist Bismarck in Ihrer Weltordnung von vornherein als der Schuldige vom Dienst vorgesehen? Wäre es nicht angebrachter, in den Begriffen Ursache und Wirkung zu denken, als in denen von Bösewichten und ihren Opfern?
Man weiß von den Liberalen, daß sie Bismarck im Verfassungskonflikt des Jahres 1862 die Hinrichtung à là 1641 (Lord Strafford, leitender Minister des englischen Königs) freundlicherweise in Aussicht gestellt hatten! Bismarck aber hatte die Größe, n a c h dem Konflikt seine liberalen Widersacher dennoch um Verzeihung zu bitten. Diese Szene würde doch so trefflich in Ihre humanen Vorstellungen von der Behandlung Andersdenkender passen, Herr Bundespräsident! Warum nur hören wir dergleichen nie von Ihnen?
Ich bin durchaus der Meinung, daß Fehler und Irr-

tümer nicht nur auf seiten der Gegner Bismarcks vorgefallen sind und bedaure, daß ich um der Gerechtigkeit willen – die Sie vermissen lassen – mich so stark für jene Seite verwenden muß, der Sie kein Quäntchen Licht gönnen.
So ist *Bismarck* wohl recht hart, wenn er sagt: „*Die katholische Kirche glaubt überall da, wo sie nicht herrscht Grund zu haben, sich über diokletianische Verfolgung beklagen zu müssen.*" Aber sicher ist guter Grund für seine an den Zentrumsführer Windthorst gerichtete Erwiderung auf dessen Vorhalt, er kämpfe gegen die katholische Kirche: Der Kampf, in dem wir stehen, sei älter als die Gestalt des Erlösers. In ihm sei schon Agamemnon den Sehern in Aulis erlegen, es sei ein Kampf, der so alt ist, wie das Menschengeschlecht: Der Kampf des Königtums gegen das Priestertum!
Von besonderem Gewicht scheint mir Ihre Erwähnung der Schlagworte „Reichsfeinde" und „Vaterlandslose Gesellen" zu sein. Darf ich da zunächst fragen, ob es Ihnen bekannt ist, daß man in der derzeitigen Bundesrepublik seit Jahren die verfassungsmäßig zugelassene und in Parlamenten der Länder vertretene Partei der NPD als „Verfassungsfeinde" diffamiert? Und wann haben Sie dessen auch nur einmal im obigen Sinne Erwähnung getan? Ist Ihnen bekannt, daß man diese nationale Partei aus dem Munde *amtierender Minister* als „Ratten",„Säue", „Gesockse", „Fußschweiß der Nation" beschimpfte? Ist das Wort „Vaterlandlose Gesellen" vergleichsweise nicht noch geradezu höflich gegen diese Worte Ihrer sozialdemokratischen Herren Ministerkollegen des Jahres 1969? Wo bleiben da Ihre sonst so klugen Erläuterungen zum Weltgeschehen?

Sie wollen „Friedensforschung" betreiben und dulden eine derartige üble Vergiftung des Friedens in Ihrem Volke? Sie Herr Präsident, der „Gerechtigkeit gegen jedermann" den 60 Millionen Bundesbürgern zugeschworen hat? Und Sie wollen für glaubwürdig gelten in diesem Bestreben, gerecht zu sein?
Nun aber zum Begriff „Vaterland" der Sozialdemokratie zur Bismarckzeit: Man s p r i c h t von Deutschland und gelegentlich sogar vom Vaterland – aber man m e i n t stets die Klasse der Proletarier; ja man sagt ausdrücklich, daß man sogar gemeinsam mit den innenpolitischen Gegnern kämpfen will, wenn, und solang es um die Vernichtung jener Kräfte des Auslands geht, die letztendlich der Sozialdemokratie gefährlich sein könnten. Ihr Vaterland war ein von der Arbeiterklasse regiertes Deutschland! *August Bebel* (SPD) sagte auf dem Erfurter Parteitag der Sozialdemokraten: *„Greift Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstückeln und zu vernichten, und das kann nur der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessiert, wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen, und werden dem entgegentreten. Ich habe dann hinzugefügt, daß, wenn wir alsdann Seite an Seite mit jenen, die heute unsere Gegner sind, kämpften, wir es tun, nicht um sie und ihre Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten, sondern um Deutschland, d. h. uns selbst zu retten und unseren Boden von einem Barbaren zu befreien, welcher der größte Feind unserer Bestrebungen ist und dessen Sieg unsere Niederlage als Sozialdemokraten bedeutet."*
Der Krieg gegen Frankreich war ein guter Krieg für

Bebel bis zur Gefangennahme Napoleons III. Aber gegen die Republik Frankreichs weiterzukämpfen war für ihn ein Verbrechen. Kein Wort dabei über die riesigen Anstrengungen der Republik Frankreich, den Krieg fortzusetzen! Gings ums Vaterland? Nein, es ging um den Kampf gegen den monarchischen Staat! Und Deutschland lebte unter Dynastien.

Bebel sagt, die Sozialdemokraten seien „*also im Falle eines Krieges gezwungen, mit unseren inneren Gegnern, der Bourgeoisie, gemeinsame Sache zu machen, um die drohende Katastrophe von Deutschland und vom deutschen Sozialismus, der in diesem Augenblick alsdann die Sache des Sozialismus überhaupt vertrete, fernzuhalten. Der Kampf müßte also alsdann unsererseits mit den revolutionärsten Mitteln geführt werden, wir müßten ihn zugleich für das russische Volk und gegen dessen Regierung führen. . .*"

Aber nicht nur gegen die russische Regierung!

Bebel: „Wir müssen ihr (der deutschen Reichsregierung) soweit es an uns liegt, die Möglichkeit abschneiden, überhaupt zu regieren!"

Der andere führende Mann der damaligen Sozialdemokratie, *Wilhelm Liebknecht* (SPD) meint „*. . .den überhaupt im Reichstag fast ausschließlich vertretenen herrschenden Klassen gegenüber ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld zu lösen ist, gleich jeder anderen Machtfrage.*"

Da wären wir, Herr Bundespräsident, also doch wieder bei einer „Eisen- und Blut"- Politik. Oder etwa nicht? Klingt das Wort „Schlachtfeld" deswegen friedlich, weil es das Schlachtfeld des Klassenkampfes ist, auf dem Deutsche sich gegenseitig umbringen?

Bismarck schrieb daher am 18. November 1887:
„In summa: Der nächste Krieg würde viel weniger den Charakter eines Krieges von Regierung gegen Regierung haben, als den eines Krieges der Roten Fahne gegen die Elemente der Ordnung und des Konservatismus."

Bebel, der führende Mann der SPD, hat später bei der Feier seines 70. Geburtstages (22. 2. 1910) ausgerufen: *„Den Tag möchte ich noch erleben, wo ich euch das rote Banner zum Sturm vorantragen kann!"*

Hatte Bismarck seine linken Demokraten nicht doch recht gut gekannt?

Darf ich Sie, Herr Bundespräsident, fragen, unter welche Ihrer drei Spielarten von vaterländisch gesinnten Demokraten Sie Liebknecht und Bebel einreihen: Unter die freiheitlichen? Die liberalen? Oder die demokratischen Demokraten?

Bebel (SPD) nannte *„. . .den heutigen Staat, das alte faule, morsche Ding. . . Ihr seid verpflichtet, Staat und Gesellschaft von heute dahin zu senden, wo sie hingehören!"*

Wilhelm Liebknecht (SPD) im Leipziger Hochverratsprozeß von 1872: *„. . . folglich lautet unsere Losung ‚kein Friede dem heutigen Staat'. Der heutige Staat muß zerstört werden, ehe die sozialistische Gesellschaft sich entfalten kann."*

August Bebel (SPD) in Wolfenbüttel am 5. September 1870: *„Es lebe der internationale Kampf des Proletariats."*

Stalin schreibt denn auch schon am 23. März 1910: *„Auf dem Parteitag 1903 schlägt er (Bebel) die Führer der Gemäßigten, Bernstein und Vollmar, aufs Haupt, indem er die Notwendigkeit der revolutionären Kampfmethoden verkündet."*

Können Sie mir, Herr Bundespräsident, nun sagen, worin sich das „Vaterland" des Herrn Bebel von dem des Herrn Ulbricht unterscheidet?
Und nun nochmals *Stalin* über jenen Bebel, den Sie im Spiegelsaal von Versailles vermißten:
„Laßt uns denn, Genossen, unserem teuren Lehrmeister, dem Drechsler August Bebel, unseren Gruß entbieten!"
In dem von Wilhelm Liebknecht als verantwortlichem Redakteur geleiteten *„Volksstaat"*, ist ein Aufruf vom 24. Juli 1870 an die Parteigenossen abgedruckt, in dem es heißt, wir hoffen, *„bald wieder die Fahne des Proletariates, die r o t e Fahne voranzutragen."* Wohin vorantragen? In den Spiegelsaal von Versailles?
„Dann sammelt das Proletariat in a l l e n Ländern seine Krieger wieder unter seine Fahne und wenn dann ein lustiger Trommelschlag ertönt, so wird es der unseres Jahrhunderts würdige Trommelschlag sein, der an ihrer Befreiung aus den Banden der Säbelherrschaft und des Geldsacks ringenden Arbeiter."
Und um den Demokraten *Liebknecht* (SPD) zu verdeutlichen: *„Im Reichstag wird nicht Geschichte gemacht, sondern einfach Komödie gespielt."*
Sollte dieser Herr in Versailles „Komödie" spielen?
Ich äußere mich nicht zu den Begriffen „Reichsfeind" und „Vaterlandslose Gesellen". Stünde es doch allen besser an, weniger solche Bezeichnungen zu verwenden und statt dessen die Tatsachen sprechen zu lassen! Dabei wäre noch nachzutragen, daß es in den schwersten Kriegstagen des Ersten Weltkrieges einen Munitionsstreik gab und eine recht muntere Meuterei auf deutschen Kriegsschiffen. Darf man im Krieg Streik und Meuterei wichtig nehmen, Herr Bundespräsident?

Und dann noch den frommen, so sinnigen Wunsch der offiziellen sozialdemokratischen Parteizeitung, des „*Vorwärts*" vom 20. Oktober 1918: „*Deutschland soll – das ist unser fester Wille – seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben.*" Zuletzt noch ein Wort des ehemaligen langjährigen preußischen Ministerpräsidenten *Otto Braun* (SPD), welcher schrieb: „*Der Ausspruch eines sozialdemokratischen Politikers (Artur Crispien, Mitglied des Parteivorstandes der SPD): ‚Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt', hat der Partei mehr geschadet, als manche falsche Stellungnahme auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet und hätte eine viel unmißverständlichere Zurückweisung erheischt, als ihm zuteil geworden ist.*"
Ist die Parole „Der Feind steht rechts" (die für den Reichskanzler Philipp Scheidemann, SPD, schon 1919 einen Buchtitel lieferte, und die dann Reichskanzler Josef Wirth, Zentrum, 1922 im Reichstag wiederholte) etwa liebenswürdiger als der „Reichsfeind"? Worüber erregt man sich denn? Immer nur gegen die Nationalen. Natürlich. Aus Gerchtigkeit und Toleranz.
Inzwischen kennen wir die Endstation linken Treibens, den Bolschewismus, ja nun doch wohl sattsam. Für ihn spricht dann ein *Chruschtschow* recht offen: „*Einer muß ins Grab. Wir wollen nicht in die Grube. Sie – die Westmächte – wollen auch nicht ins Grab. Was bleibt zu tun? Wir müssen sie ins Grab stoßen!*" Die Frage der Koexistenz wäre damit gelöst. Und der Friede, nach dem Sie so eindringlich forschen, perfekt!
In der Bundesrepublik haben wir noch immer nicht erkannt, wohin die Reise geht. Wie wir oben sahen, war sich Bismarck der Gefahr hellsichtig bewußt. Sein

Fehler war eben, daß er 50 Jahre v o r der bolschewistischen Revolution jene Klarheit hatte, die uns Heutigen 50 Jahre d a n a c h noch abgeht.
Durfte Bismarck 1870 in Sachen Bolschewismus klarer sehen als die Politiker von 1971? Solches geziemt sich nicht. Daher muß in Ansprachen 1971 deutlich gemacht werden, was für eine zweifelhafte Erscheinung der erste Reichskanzler war. Kein Vorbild, keine ragende Gestalt. Einfach ungeeignet. Käme so einer wieder in unser sittenstrenges Haus, man müßte sich bekreuzigen.

Wer stiehlt sich hier davon?

Herr Bundespräsident, Sie sagen:
„Die schweren Belastungen unter denen die Weimarer Republik ins Leben trat, ermöglichten den reaktionären und nationalistischen Kräften das billige Spiel, sich aus der Verantwortung für den ersten Weltkrieg und den militärischen Zusammenbruch davonzustehlen."

Die „schweren Belastungen" sehe ich vor allem in den furchtbaren Bedingungen, die uns haßerfüllte, politisch blinde Sieger 1919 aufgebürdet haben, moralisch „begründet" mit jener Lüge von der Verantwortung Deutschlands am Ersten Weltkrieg, von der zwar der derzeitige Präsident der Bundesrepublik noch redet, aber kein ernstzunehmender Historiker der ganzen Welt!
Aber Sie vertreten hierin wenigstens sozialdemokratische Tradition. Bebel und Liebknecht erklärten zu Beginn des 70er Krieges (21. 7. 1870), daß die Preußische Regierung durch das Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet habe. Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg meinte Bebel, daß die Ergebnisse des Frankfurter Friedens von 1871 den nächsten Krieg verschulden würden. Sollte da 100 Jahre danach ein deutscher Bundespräsident nicht die Schuld am Ersten Weltkrieg behaupten dürfen, wenn ein so echter Demokrat und Patriot wie Bebel dies schon im voraus wußte und verkündete?
Hermann Wendel, ein Sozialdemokrat, dessen Linientreue – wie man hört – von seinen Genossen nie

getadelt wurde, schrieb 1923 über das Treiben der „reaktionären und nationalistischen Kräfte" am Anfang des Jahrhunderts:
„Jetzt stieß sich diese Klasse endgültig die Pforten zur Weltpolitik auf und spähte, imperialistischen Eroberungsdranges voll, auf dem Erdball nach Raubgelegenheit aus. Wilhelm II. proklamierte sich selbst, in Wort und Tat, zum Imperator der Weltpolitik. . ." Die Phrasenschablone von der deutschen „Schuld" und Raubgier ist also altes Gerät aus dem geistigen Zeughaus der SPD, die Verleumdung der eigenen Vergangenheit ehrwürdige Überlieferung.
Allein, Herr Bundespräsident, wie verträgt sich die deutsche Selbstbezichtigung mit folgenden Zeugnissen in der Frage der Verantwortung für den Krieg 1914/18?
Der in Ihrer Ansprache namentlich herausgestellte Herr *Liebknecht*, (SPD), erklärte im Reichstag am 19. Februar 1878:
„Ich weiß, daß die Gefahren noch nicht jedem klar zum Bewußtsein gelangt sind. Es wird aber bald eine Zeit eintreten, wo das mit deutscher Hilfe, bloß durch uns mächtig gewordene Rußland seine Krallen auch gegen Deutschland richten wird. . . Bis jetzt haben wir den Frieden aufrechterhalten und es wird vielleicht gelingen, ihn noch einige Jahre aufrechtzuerhalten, dann aber wird ein Moment kommen, wo der Friede nicht mehr möglich ist, wo die Macht Rußlands sich in einer Weise geltend macht, daß das Schwert gezogen werden muß!"
Sehen Sie, das wäre ein Liebknecht-Zitat, das wir gerne von Ihnen vorgetragen hören würden!
Und da Sie das Belgien von 1880 – 1890 gewiß nicht als kriegstreibende Macht verdächtigen werden, führe

ich den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin, *Graf van der Straten*, aus dem Jahre 1887 an:
„Die Vertagung des Krieges, die ihn doch nicht verhindern wird, verschlechtert Deutschlands Aussichten auf Erfolg. Es bedeutet für den Kanzler eine sehr große Verantwortung, daß er sich den Generälen widersetzt, die für einen Präventivkreig eintreten. Bricht der aufgeschobene Krieg eines Tages aus, dann wird jeder Mißerfolg, jede Niederlage der deutschen Armee dem Zaudern des Kanzlers zugeschrieben werden... Nach einem Leben des Ruhmes als Gründer der deutschen Einheit würde er die Demütigung erleiden, die Sicherheit oder die Dauer dieser Einheit gefährdet zu haben."
In jenen Tagen schrieb der französische Botschafter in Berlin, *Baron Courcel*, über Deutschlands Haltung zum Kriege:
„Es hält sich stets zu ihm bereit, aber es liebt ihn nicht und nimmt ihn nur auf sich, wenn er ihm als notwendig hingestellt wird. Diese im Wesen militärische und disziplinierte Nation ist gar nicht kriegerisch. Ziemlich gleichgültig gegen den Ruhm hat sie eine Vorliebe für greifbare Dinge und wenn sie diese ohne Blutvergießen bekommen kann, zieht sie den friedlichen Erfolg dem Schlachtenruhm vor."
Sie aber, Herr Bundespräsident, ziehen es vor, von einem seit 1870 traditionellen „gewalttätigen Nationalismus" der Deutschen zu reden!
So müssen wir uns denn immer wieder an Deutschlands Gegner mit der Bitte wenden, uns gegen die Herabwürdigung unserer Vergangenheit durch Sie, Herr Bundespräsident, zu schützen und Deutschlands Ruf als Nation, die mit anderen friedlich zusammenleben will, zu retten!

Sollten Sie einwenden, daß 1887 nicht 1914 wäre, so hören Sie bitte den engsten Berater des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, *Oberst House* an, der im Mai 1914 nach Abschluß einer Europareise feststellte:
„Wann immer es England zuläßt, werden Frankreich und Rußland über Deutschland herfallen."
Zar Alexander III. von Rußland forderte 1892:
„Wir müssen Deutschland wieder niederschlagen" und folgerichtig urteilt dann ja auch *Lenin* über die „Bourgeoisie" und die Regierung Englands, Frankreichs und Rußlands:
„Wir wissen, daß Jahrzehnte drei Räuber sich zur Plünderung Deutschlands rüsteten!"
Die Franzosen nannten ihren 1913 zum Präsidenten der Republik gewählten Poincaré allgemein nur „Poincaré-la guerre" – den „Kriegspoincaré" und den Kriegsminister Boulanger den „General Revanche", also den „General Rache".
Wollen Sie nun sagen, daß die deutschen „gewalttätigen Nationalisten" schon mitten im Frieden vor 1914 die Franzosen gezwungen haben, ihre maßgeblichen Politiker mit dem Kriegswillen gleichzusetzen?
Lesen Sie eigentlich nicht die Protokolle wichtiger Historikertagungen oder unterschlagen Sie lediglich deren Verlautbarungen? So verkündete die deutsch-britische Historikerkonferenz 1955 zu Braunschweig, als ihre gemeinsam erarbeitete Erkenntnis:
„Die deutsche Politik zielte 1914 nicht auf die Entfesselung eines europäischen Krieges... die am 30. Juli angeordnete allgemeine russische Mobilmachung mußte notwendig einen deutschen Entschluß zur Mobilmachung nach sich ziehen."

Man darf Sie doch wohl dahin verstehen, daß Sie nur von deutscher Verantwortung für 1914 sprechen, da Sie von der übrigen Welt so fein säuberlich schweigen.
Der ehemalige italienische Ministerpräsident, *Francesco Nitti*, urteilt über die aus Ihrem Munde besonders empörende und beschämende Bezichtigung – der deutschen Schuld am Kriege 1914/18:
„Diese Behauptung, die wir alle während des Krieges aufstellten, war eine Kriegswaffe, aber kein Mensch kann sie nach dem Kriege als ernsthaftes Argument anführen.“
Hier irrte Francesco Nitti, nicht wahr, Herr Bundespräsident? Es gibt solche Leute! Sogar Deutsche! Sogar ganz hochgestellte!
Herr Bundespräsident, es ist mir denn ein rechtes Bedürfnis, zu betonen, daß nicht alle Leute, die der Sozialdemokratie angehören, sich in dieser Frage so peinlich bloßstellten, wie Sie das zu tun belieben! So hat der sehr bekannte Abgeordnete *Wels (SPD)* über die Verantwortung für den Ersten Weltkrieg gemeint, daß wir Deutsche *„vielleicht noch die Unschuldigsten von allen sind“*, , während Sie eher zur Ansicht des Herrn *Eisner* neigen, der auf dem Sozialisten-Kongreß in Bern vom 3. bis 11. Februar 1919 ausrief, es gälte, die deutsche Schuld am Kriege zu bekennen, auch wenn Deutschland darüber zugrunde ginge!
Gibt es eigentlich irgendeine Bekundung eines Sozialdemokraten, die durch jene eines anderen Genossen nicht Lügen gestraft worden wäre? Nun: Bewußtseinsspaltung war immer schon das Leitfossil der deutschen Linken.
Schrieb doch die sozialdemokratische *„Münchner Post“* am 6.August 1914: *„Nun ist das Volk selbst*

bedroht von den Horden des Blutzaren, denen sich das irregeführte Frankreich, das kapitalistische England zugesellt. Ein Kampf auf Leben und Tod hat begonnen. Wir müssen, wir werden ihn in Ehren bestehen. Für Recht und Freiheit!"

Herr Bundespräsident, ist es Ihr Beitrag zu diesem „Kampf auf Leben und Tod", daß Sie auf die „nationalistischen Kräfte" eine Schuld laden, die von deren ärgsten inneren und äußeren Gegnern nachdrücklich bestritten wird?

Sie, Herr Bundespräsident, werfen, auf solche unhaltbaren Bezichtigungen fußend, den „nationalistischen Kräften" vor, ein „billiges Spiel" zu treiben, um sich „aus der Verantwortung davonzustehlen". Kann sich jemand aus einer Schuld davonstehlen, die ihn nicht trifft? Könnte es denn nicht sein, daß S i e , Herr Bundespräsident, hier ein billiges Spiel treiben, indem Sie alle bedeutenden Tatzeugen jener Zeit übergehen – mit ihren Handlungen, Zeugnissen und Bekenntnissen – und eine ganze Legion von ernsthaften Historikern unter die Unwissenden oder unter die Heuchler verweisen?

Fordern Sie doch besser nicht ein „Friedensforschungsinstitut" – fordern Sie schlicht und einfach die Wahrheit und den Mut dazu, sie zu vertreten! Als ehemaliger Frontsoldat möchte ich aber ganz besonders Ihre so sinnlose unritterliche Anspielung zu bedenken geben, wonach diese „nationalistischen Kräfte" sich aus ihrer Verantwortung „für den militärischen Zusammenbruch" des Kaiserreiches „davonstehlen" wollten.

Herr Bundespräsident, im Gegensatz zu Ihnen bewundert die ganze Welt draußen die unerhörte Leistung des deutschen Soldatentums in beiden Weltkriegen.

Es bleibt Ihnen vorbehalten, jenen Millionen tapferster Kämpfer – und nicht zuletzt ihrer Führer – den Zusammenbruch von 1918 anzulasten, nachdem sie viereinhalb Jahre lang der vielfachen Übermacht von 28 Staaten – darunter 5 Weltmächte – standgehalten haben unter unsäglichen Belastungen und Entbehrungen. Churchill als Deutschenhasser über drei tragische Jahrzehnte hinweg hat das Format aufgebracht, zu erklären, daß das, was die Deutschen in zwei Weltkriegen geleistet haben, für ihre ganze Geschichte genüge! Sie aber, Herr Bundespräsident, finden es geschmackvoll, von einem „Davonstehlen aus der Verantwortung" für militärisches Versagen zu reden!
Könnten Sie uns nicht über I h r e militärischen Leistungen berichten? Vielleicht würden wir neue Maßstäbe gewinnen für das, was man von deutschen Soldaten erwarten darf!
Wahrscheinlich hätten wir diese beiden Kriege gewonnen, wenn wir lauter Kämpfer Ihres Schlages gehabt hätten. Aber soviele große Helden hatte eben auch Deutschland nicht!

Herr Bundespräsident, Sie treffen eine erstaunliche Feststellung:

„Große Teile des deutschen Volkes stellten sich nicht auf den Boden der Weimarer Verfassung. Schon 1920 erlangten ihre Gegner die Mehrheit im Reichstag und behielten sie, bis die Republik ruiniert war und Hitler in die Hände fiel.“

Hier brauche ich nun wirklich Ihre Aufklärung, denn Sie haben doch in der gleichen Ansprache die schweren Konflikte beklagt, die Bismarck gegen drei Gruppen „freiheitlicher, liberaler und demokratischer Kräfte“ heraufbeschworen hat. Das macht die Frage notwendig, ob Sie das Zentrum des Herrn Brüning zu den „Gegnern der Weimarer Verfassung“ rechnen, oder Herrn Dr. Theodor Heuß von der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) oder die Deutsche Volkspartei (DVP) des Herrn Stresemann, oder die Bayerische Volkspartei als bayerische Entsprechung des Zentrums – denn die Sozialdemokratie dürfte doch wohl eine Sondergenehmigung zur Führung aller Prädikate für demokratisches Wohlverhalten von Ihnen ausgestellt bekommen?
Warum ich dieses frage? Nun, weil im Reichstag von 1924 SPD, Zentrum, DDP und DVP mehr als dreihundert von insgesamt 493 Abgeordneten stellten! Fast dieselbe Gesamtzahl stellten dieselben Parteien im Reichstag von 1928. Merkwürdig erscheint mir dann vor allem, daß die SPD n a c h dem von Ihnen genannten Jahr 1920 noch in der Regierung saß! Be-

trügen die „echten" Demokraten das Volk durch eine Koalition mit Verfassungsfeinden? – Und das sagen Sie der Sozialdemokratischen Partei nach? War die SPD nicht sogar noch 1928 – 1930 in der Regierung Müller?

Was nennen Sie wohl einen Verfassungsfeind? Etwa eine Partei, die sich zu einem Staat bekennt, der den Frieden fordert und hinter dem Rücken des deutschen Volkes Waffenlieferungen nach Israel fördert? Die gab es nach 1945 – aber damals nicht! Oder eine Partei, die schwört, die Wiedervereinigung mit allen Kräften voranzutreiben, wie es die Verfassung vorschreibt, und dann einen Vertrag unterzeichnet, der sie unmöglich macht?

Solche Parteien gibt es heute, aber von damals ist mir eine solche Schizophrenie weder vom Zentrum noch von der DDP, noch von der DVP bekannt. Herr Bundespräsident, wäre es für Sie nicht angebrachter, nach einer verfassungsfeindlichen Mehrheit von *heute* auszuschauen, als sie in die Reichstagsmehrheit von 1924 oder 1928 hineinzuprojizieren? Sind Sie nicht gar dabei, das zu tun, was Sie den „nationalistischen Kräften" ganz zu Unrecht nachsagen, nämlich das „billige Spiel" zu treiben, sich „davonzustehlen", indem Sie mit einer von Ihnen so verabscheuten „Dolchstoßlegende" den Zusammenbruch der Weimarer Republik entschuldigen? Ich will versuchen, Ihnen dafür überzeugende Hinweise anzubieten. Zunächst möchte ich behaupten, daß eben die von Ihnen verlästerten „nationalistischen Kräfte" die Republik von Weimar überhaupt erst möglich machten, indem sie den Handstreich des Bolschewismus vereitelten, mit dem sie die Zitadelle der Reichshauptstadt zu nehmen hofften und hoffen durften! Hätte

der Reichspräsident Ebert nicht noch über eine geheime Telefonleitung zu General Groener verfügt, wäre der geschichtliche Abschnitt des Weimarer Staates winzig klein ausgefallen und nicht Hitler hätte ihn beendet, sondern Lenin und Trotzki!

Lesen Sie beim preußischen Ministerpräsidenten, *Otto Braun* (SPD) nach, *„daß die Reichsregierung in die Verlegenheit kam, die Truppen, die vorher von Kappistischen Offizieren gegen sie mißbraucht worden waren, nunmehr gegen die von kommunistischen Wirrköpfen mißbrauchten Arbeiter zu verwenden ...“*

Warum sprechen Sie hierüber nie? Warum verschweigen Sie uns in Ihren Ansprachen, daß es Freikorps waren, also Ihre „nationalistischen Kräfte“, die den völkerrechtswidrigen Raub deutschen Landes – über die Versailler Verstümmelungen hinaus – (durch den Polen *Korfanty*) verhinderten? Sie, Herr Bundespräsident, haben nur anklagende, wegwerfende Worte für diese Männer. Weit ritterlicher als Sie hat sich *Otto Braun* (SPD) über sie ausgesprochen. *„Diese jungen Leute, die z. T. aus idealen Beweggründen und mit nationaler Begeisterung im Kampfe gegen die Polen ihr Leben für Deutschland in die Schanze geschlagen hatten, empfanden ihren Abbau, der von der preußischen Regierung später durchgeführt werden mußte, als schnöden Undank, worin sie von politischen Drahtziehern noch bestärkt wurden.“*

Damals wurden ihre Einheiten abgebaut, neuerdings nun nachträglich auch noch ihre Ehre und ich meine, dies ist der e i g e n t l i c h schnöde Undank!

Trotzki berichtet, daß Lenin bei der Nachricht von der Niederringung der bolschewistischen Aufstandsversuche in Deutschland ausgerufen hat:

„Verdammt, was nützt es uns, daß wir hier in Moskau

sitzen – was wir eigentlich wollten, war doch Berlin!"
Und was Herrn Lenin um diese Hoffnung brachte, war doch nur der Idealismus und das Blutopfer dieser „nationalistischen Kräfte"!

Nicht viel anders ist es mit der so viel verlästerten „autokratischen preußischen Beamtenschaft". *Otto Braun* (SPD) gibt offen zu:

„Nach kurzer, vorübergehender Verwirrung und Direktionslosigkeit haben die Beamten damals ihren Dienst getan und dadurch nicht zum geringsten dazu beigetragen, daß die revolutionäre Sturmflut der ersten Tage nach dem Zusammenbruch bald in ein mehr evolutionäres Bett gelenkt wurde."

Bei Ihnen, Herr Bundespräsident, hört sich das genau umgekehrt an. Sollen wir nun Ihnen glauben, oder dem Sozialdemokraten, der fast die ganze Dauer der Weimarer Republik den Preußischen Staat gelenkt hat?

Es waren nicht so sehr die Nationalisten, sondern das gespaltene Denken der Sozialdemokraten, was der jungen Demokratie so abträglich war! Der ehemalige bayerische Ministerpräsident *Dr. Wilhelm Högner* (SPD):

„Wir hatten in der Weimarer Republik bisher kein rechtes Verhältnis zur Wehrmacht gefunden. Nur Ebert und Noske hatten sich nach 1918 mit der Obersten Heeresleitung zur Rettung des Reiches vor dem Bolschewismus verbünden müssen. Sie hatten die Reste des alten Heeres samt dem alten Offizierskorps zur Niederwerfung der Spartakistenaufstände gebraucht.

In den folgenden Jahren war die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Wehrmacht sehr widerspruchsvoll gewesen. Sozialdemokratische Mitglieder der

Reichsregierung und der Preußenregierung hatten Beziehungen zu ihr unterhalten, wohl auch die geheime Aufrüstung gedeckt oder wenigstens nicht gestört... Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und Presse war jedoch von Zeit zu Zeit immer wieder in den Ton der Vorkriegszeit gegen das 'militärische Klasseninstrument' verfallen und hatte die geheimen Aufrüstungsmaßnahmen öffentlich gebrandmarkt."

Politisches Zwittertum in schwierigsten Jahren der Nation – kann es wohl Schlimmeres geben? Dazu kam ein Mangel an Format bei den Mandatsträgern, der wohl nicht viel leichter wog. Der langjährige Präsident des deutschen Reichstags, *Paul Löbe*, (SPD) schreibt über den Reichstag der Weimarer Republik:

„Mit einem gewissen Neid blickte ich auf die Redekultur im englischen Unterhaus, wo niemand auf den Gedanken kam, anderen die Zeit zu stehlen, indem er leeres Stroh drosch."

Sie, Herr Bundespräsident, aber meinen in verblüffender Vereinfachung, das Versagen der Republik allein mit den „Gegnern" der Verfassung begründen zu dürfen?

Und da ist in einer Demokratie noch ein weiterer Faktor: Das Volk. *Wilhelm Högner* (SPD) meinte dazu:

„Man hat allzusehr auf den Verstand der Verständigen gebaut, nicht mit den kindlichen Gemütern unreifer Volksmassen gerechnet..."

Herr Bundespräsident, ginge es nicht ein bißchen zu weit, die „nationalistischen Kräfte" auch noch für die „kindlichen Gemüter" verantwortlich zu machen?

Otto Braun (SPD):

„Die über 40 Millionen Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr aufwärts, die an die Wahlurnen gerufen wurden, um ein neues Reichsoberhaupt zu wählen,

hatten in ihrer Mehrheit ja kein Urteil über die politischen Qualitäten der Kandidaten und konnten es auch nicht haben. Sie ließen sich sonach in ihrer Stimmabgabe vornehmlich von dem Grad der Popularität leiten, die der einzelne Kandidat im öffentlichen Leben hatte, und die ins rechte Licht zu rücken Aufgabe der Wahlpropaganda war, deren Wirksamkeit hinwiederum nicht zum geringsten von der Größe des Geldbeutels abhing, der den Parteien zur Verfügung stand. Das sollte der deutschen demokratischen Republik zum Verhängnis werden."

Also die mangelnde Urteilskraft der Massen wurde zum Verhängnis! Waren etwa die Massen das, was Sie „Gegner der Verfassung" nennen? Und in Ihrer Ansprache wollen Sie glauben machen, das Ende von Weimar sei nur durch die „Gegner der Verfassung" heraufbeschworen worden!

Wiederholt sich heute nicht sehr vieles von dem, was den Schiffbruch der Weimarer Demokratie bedingte? Darum sollte man heute mehr bemüht sein, die Lehren aus jenem Versagen zu ziehen, als die Legende von den „Gegnern der Weimarer Verfassung" zu pflegen, die angeblich schon ab 1920 an den Wurzeln des Staates nagten!

Ministerpräsident *Wilhelm Hoegner* (SPD):

„*Dagegen rächte es sich, daß die deutsche Jugend sich in den Jahren der Wirtschaftsblüte nicht um Politik gekümmert, sondern sich ‚ausgelebt' hatte.*"

Herr Bundespräsident, war es – damals wie heute – die Schuld „nationalistischer Kräfte", daß „die deutsche Jugend sich nicht um Politik kümmerte?" Könnte es nicht auch damals ähnlich, wie heute gewesen sein, daß die Zerstörung vieler, das Herz der Jugend erhebender und verbindender Ideale, die Jugend

teilnahmslos ließ und das beschämende Schauspiel einander begeifernder Parteien sie ebenso abgestoßen hat, wie das im Grunde ja doch auch heute geschieht?
Wen darf es denn wundern, daß der Altreichstagspräsident *Paul Löbe* (SPD) feststellen muß:
„*Die Ära Hindenburgs fand so ein schmähliches Ende, aber auch die politischen Parteien einschließlich der Gewerkschaften haben in diesen Wochen keinen überragenden Beweis von Umsicht und Tapferkeit gegeben.*"
Herr Bundespräsident, könnte nicht diese Einsicht in das eigene Versagen den krankhaften Haß erklären, mit denen die Mißlinger von 1933 nun alle nationalgesinnten Bürger verdächtigen und verleumden? Verfolgt man sie nicht – um mit Worten von *Clausewitz* aus dem Jahre 1812 zu sprechen – „*mit unversöhnlichem Haß, nur weil sie nicht verzweifeln?*"
Der SPD-Ministerpräsident des beherrschenden Staates Preußen:
„*Das Versagen der Volksvertretung, das auch die Zielklarheit und Entschlußkraft der von Interessentengruppen aller Richtungen bestürmten Reichsregierung ungünstig beeinflußte, ließ antidemokratische Pläne ins Kraut schießen.*"
Halten wir also fest: Z u e r s t war das Versagen der Volksvertretung! Auf d i e s e m Nährboden erst gediehen antidemokratische Pläne! Das haben Sie uns in Ihrer Ansprache nicht gesagt, Herr Bundespräsident! Reichskanzler *Heinrich Brüning* (Zentrum), den wir doch als zuständig für die Beurteilung der Lage Anfang der 30er Jahre betrachten dürfen, sagte in einer Rede zu Köln:
„*Der Reichstag kann viel besser als die Regierung die*

Demokratie retten, nämlich dann, wenn er sich freiwillig eine Selbstbeschränkung in Agitationsmanövern auferlegt." Spricht hier nicht ein deutscher Reichskanzler, wie der englische Ministerpräsident *Disraeli* von „*jener ebenso komischen, wie unheilvollen Einrichtung, die sich eine Vertretung von Volksvertretern nennt?*"
Und welche Folgerungen zog der Reichstag daraus?
Otto Braun (SPD): „Vergebens, das Parlament blieb bei seinem selbstmörderischen Treiben, das nicht nur das parlamentarische Regime gefährdete, sondern auch die Demokratie beim Volke in Mißkredit brachte."
Hier ist nicht von einzelnen Parteien, sondern in Bausch und Bogen vom Parlament die Rede und auf alle Fälle bildete zu diesem Zeitpunkt eine Mehrheit aus den demokratischen Parteien die Regierung!
Aber: „*Die Reichsregierung*", so schrieb *Otto Braun (SPD)*, „*erwog zwar Pläne zur Lösung des Arbeitslosenproblems, kam aber zu keinem positiven Ergebnis. Inzwischen stieg die Zahl der Arbeitslosen bis über 6 Millionen im Frühling 1932.*" (Von den Millionen Arbeitslosen, die *keine* Unterstützung beanspruchen konnten, ist schon gar nicht erst die Rede!)

Herr Bundespräsident, ich frage: Ist es die Aufgabe einer Regierung, beim Planen von Maßnahmen am Ende zu „positiven Ergebnissen" zu kommen, oder nicht? Wenn sie das aber nicht schaffte: Wer war dann daran schuld – die Weimarer Regierung oder einfach die „Gegner der Verfassung"?
Was aber das Wichtigste gewesen wäre und am meisten fehlte: der „altpreußische Mumm"! Denn der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens sagte rückblickend über jenen Hindenburg, den ein verkom-

menes Fernsehen uns heute als vertroddelt hinstellt: *„Er hörte zwar schlecht und sah nicht mehr gut, aber das machte nichts; er hatte noch altpreußischen Mumm in den Knochen und das war die Hauptsache.“*

Haben Sie all die oben angeführten Eingeständnisse denn nicht gekannt? Wenn nein, warum sprechen Sie dann so unvorbereitet über so schwerwiegende Zusammenhänge? Wenn Ja: Sind Sie dann nicht schon recht munter wissentlich bei einer Dolchstoßlegende?

Der Abgeordnete *Aufhäuser* (SPD) hat im Januar 1933 fraglos seine Partei richtig eingeschätzt, als er vorhersagte, daß die Sozialdemokratie wohl *„sang- und klanglos untergehen werde“.*

Ja, in einem Brief an den Österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg schrieb der nachmalige Bayerische Ministerpräsident *Hoegner,* SPD (der sich von den Amerikanern zum Zuschauen beim Erhängen* der Nürnberger Verurteilten von 1946 kommandieren ließ) unter dem 30. Januar 1934:

„Wir wären damals (März 1933) bereit gewesen, uns zur Rettung Bayerns und vielleicht sogar Deutschlands auch mit der Monarchie abzufinden.“

Herr Bundespräsident, sind das Ihre ehrenwerten Demokraten, die vor „Gegnern der Verfassung” die Demokratie retten wollen, indem sie die Monarchie ausrufen? Wurde die Demokratie denn überhaupt verteidigt, wenn *Hoegner* zugeben muß, daß *„der Reichstag aus Furcht vor dem Tode Selbstmord beging?“*

Sind die „Gegner der Verfassung“ auch noch dafür verantwortlich, daß den Staatstragenden der Weimarer Republik der Mut zur Selbstbehauptung fehlte?

Otto Braun (SPD) führt uns an den Kernpunkt der Erörterung:

„Das Parlament versagte vollends. Keine Partei wollte

* Reichsaußenminister v. Ribbentrop wurde 14 Minuten lang, Generaloberst Jodl 16 Minuten lang erwürgt!

die Verantwortung für die nun einmal unerläßlichen, unpopulären Maßnahmen auf sich nehmen, jede schob sie der anderen zu und alle zusammen der Regierung." Kennen Sie das alles nicht, Herr Bundespräsident? Und sind Sie nicht alt genug, um als Zeuge jener Jahre aus eigener Anschauung zu wissen, daß „keiner die Verantwortung auf sich nehmen" wollte, daß „k e i n e Partei unpopuläre Maßnahmen" gutgeheißen hat, weil den Abgeordneten das Wohlergehen ihrer jeweiligen Partei wichtiger schien als das Wohlergehen des Volkes?

Versagte die Republik, weil die bösen Nationalen kamen, oder kamen die bösen Nationalen, weil die Republik versagte?

Seit einem Vierteljahrhundert bringen uns nun die Umerzieher die von ihnen gewünschte Auffassung von Geschichte bei. Ihr wird nun sogar das Siegel des Bundespräsidenten aufgedrückt. Und da man in Funk, Fernsehen und Presse schon Jahrzehnte einen so liederlichen Umgang mit der Wahrheit pflegt, konnte es schließlich vielen Gauklern unter den Zeitgeschichtlern ergehen, wie jenen Lügnern, von denen Bismarck meinte, sie würden sich ihren Schwindel so oft vorsagen, bis sie ihn zu guterletzt selber glauben.

Bei Licht besehen aber müssen sie verdutzt gewahren, daß selbst aus dem Munde sozialdemokratischer Kronzeugen der Geschichte die Wahrheit sich „rechtsradikal" anhört!

Otto Braun (SPD), der doch in Berlin, dem Brennpunkt der Entwicklung mehr als ein Dutzend Jahre das preußische Staatsschiff lenkte, sieht das Emporkommen der nationalsozialistischen Bewegung mit anderen Augen wie Sie, Herr Bundespräsident:

„*Dieser in der Parlamentsgeschichte wohl unerhörte*

Aufstieg (107 Mandate der Nationalsozialisten bei der Wahl vom 14. September 1930) war nicht der Werbekraft einer Idee oder eines weltanschaulich und sachlich politischen Programms zuzuschreiben. Es war vielmehr der Aufschrei Millionen Verzweifelter, die unter dem Wirtschaftselend schwer litten, jener Jugend, die an ihrer Zukunft verzweifelte ..."
Aber, Herr Bundespräsident, was müssen wir da hören? Sie wollen uns belehren, daß nur wegen der bösen Gegner der Weimarer Verfassung die Macht „Hitler in die Hände fiel"? Und die Verzweiflung eines hungernden Volkes, sowie eine niedagewesene Selbstmordwelle haben Sie uns schlechtweg unterschlagen, als gäbe es sie gar nicht, oder als sei sie weiter keiner Beachtung wert!
Wilhelm Högner (SPD):
„*Besonders in Zeiten der Krise kamen zunächst die Sorgen um die einfachste Existenz, Staatsbürgerrechte rückten in die zweite Linie*". Herr Bundespräsident, darf man angesichts der 6 Millionen Unterstützungsempfänger unter den insgesamt etwa 10 Millionen Arbeitslosen – darf man angesichts der niegekannten damaligen Selbstmordziffern und dem verheerenden Rückgang der Geburten fragen, ob die Politik von damals dem Bürger „die einfachste Existenz" gewährleistet hat? Wagen Sie es, Ja zu sagen? Wenn aber nicht, dann muß ich fragen, wieso schieben Sie dann den Hergang der Dinge ganz einfach auf die Mehrheit der Verfassungsgegner?
Und *Hoegner* (SPD) zieht daraus die schwerwiegende, unausweichliche Folgerung: „*Verzweifelte Patrioten schauen in solchen Zeiten nach Hilfe aus, es ist ihnen gleich, wo sie herkommt!*"
Das also ist des Pudels Kern! Und welch ein Phrasen-

nebel ist seit 25 Jahren um das Ende der Republik von Weimar gebreitet worden! Auch durch Sie, Herr Bundespräsident! Ich aber glaube, daß unsere Demokratie, der wir zu Kraft und Stärke verhelfen möchten, nur aus der W a h r h e i t zu Festigung und Dauer kommt! So geht es denn auch nicht ohne Wissen und wahre Bildung eines politischen Bewußtseins. Oder soll von den Deutschen das Wort Bismarcks denn auf alle Zeiten Gültigkeit behalten:

„Es findet sich in anderen Parlamenten doch selten dieser Grad von Entschlossenheit im Bilden und Aussprechen von Ansichten, gepaart mit demselben Maße von Unkenntnis der Dinge, wie bei uns“?

Herr Bundespräsident, gerade wir vielgeschmähten Nationalen wollen nicht, daß jene düstere Vorausschau durch die künftige Entwicklung bestätigt werden wird, die *Wilhelm Hoegner (SPD)* anstellte:

„Was mich jedoch für die Zukunft des Staates bangen läßt, ist die Parteienherrschaft. Ich habe sie in einem langen politischen Leben wahrlich zur Genüge kennengelernt. Die bedenkenlose Ausnutzung parteipolitischer Macht im Staate fördert die Staatsverdrossenheit und die Abneigung gegen die Volksherrschaft. Sie schmälert das Ansehen der Regierung und des Staates selbst.“

Herr Bundespräsident, ich hoffe, daß diese Beispiele genügen, um aufzuzeigen, daß Sie als Historiker von Rang eine ganze Welt von Sachverständigen auf ihre Plätze verwiesen haben. Offen ist lediglich noch, ob Ihnen das deutsche Volk, insonderheit eine mißtrauisch gewordene Jugend in die einsamen Höhen zu folgen gewillt ist, in denen die schweben, wenn Sie Ihre berühmten Ansprachen halten. Dieses bliebe nun abzuwarten.

Herr Bundespräsident, Sie sagen:
„Wo vom Ersten Weltkrieg als einem bloßen Unglück ohne deutsche Mitschuld und wo vom Unrecht des Versailler Vertrages von 1919 als Entschuldigung für die nationalsozialistische Machtergreifung gesprochen wird, ist man noch immer nicht mit den Ursachen des Zusammenbruchs von 1918 fertig geworden.“

Nun, hier müßte man ja doch wohl gerechter gegen die Weimarer Republik sein als Sie, Herr Bundespräsident, es sind. Denn neben Fehlern und Versagen war es ganz gewiß die ungeheuerliche Hypothek des Versailler Diktates, das sich „Frieden” schimpfte, welches die Verantwortlichen von 1918 bis 1933 erheblich entlastet. Aber da Sie in diesen „punischen Frieden” ja noch nicht einmal eine „Entschuldigung“ für das Versagen der Republik von 1918–1933 zu erkennen glauben, begeben Sie sich jeder Möglichkeit, diesen zur Entlastung der sorgenbeladenen Politiker von Weimar heranzuziehen.
Wenn Sie, Herr Bundespräsident, im Versailler Vertrag keine „Entschuldigung“, und schon gar nicht eine grundlegende Ursache für 1933 sehen, dann bleibt mir allerdings nur die peinliche Frage: Sind alle die namhaften Beurteiler desselben in Ihren Augen dumm, unwissend oder verlogen, oder haben wir derzeit eben ganz einfach einen so ungewöhnlich gescheiten Präsidenten?

Jedenfalls stellen Sie Ihren Amtsvorgänger Altbundespräsident Dr. Theodor Heuß doch glatt in Abrede mit seinem Bekenntnis:
„Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles".
Ist es wirklich dahin gekommen, daß unser Geschichtsbild austauschbar wurde, wie die Präsidenten? Kann man einem Volke, ohne ihm schwerste seelische Schäden zuzufügen, statt einer stetigen Überlieferung geistige Wechselbäder verabreichen nach dem Motto „öfter mal was Neues"?
Am 22. Januar 1950 nannte der Bundesminister Dr. *Thomas Dehler* (FDP) den Aufstieg Hitlers „weitgehend eine Folge des Versailler Vertrages". Der ehemalige britische Botschafter in Berlin, *Henderson* sagte 1940, der Versailler Vertrag habe Hitler „erschaffen". Der 4-Sternegeneral der USA, *Wedemeyer*, glaubte, erkannt zu haben, was Sie, Herr Bundespräsident, glauben, nicht erkannt zu haben:
„Doch ich erkannte, daß Hitler an die Macht gekommen war, als Resultat der Behandlung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg und daß sein Einfluß auf die Deutschen auf ihre verzweifelte Suche nach einem Ausweg aus dem wirtschaftlichen Chaos und Elend zurückzuführen war. . .".
Reichskanzler *Philipp Scheidemann* (SPD) sagte 1919 über den Versailler „Vertrag":
„. . .dieser schauerlichste und mörderischste Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur eigenen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt werden soll, dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. . . Dieser Vertrag ist nach Ansicht der

Reichsregierung unannehmbar. So unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan? "

Aber Ihre Nerven sind stark, Herr Bundespräsident. Ein Mordplan gegen ein Weltvolk ist für Sie noch lange keine „Entschuldigung" für ein Aufbäumen gegen „Versklavung und Helotentum"! Einem echten „Friedensforscher" kann man das nicht so einfach weismachen, nicht wahr?

Der hochangesehene französische Historiker *Jaques Bainville* sagte:

„Das Hindernis für die Entstehung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Völkern (Deutschland und Frankreich) liegt nicht so sehr in den grausamen Erinnerungen und Bitternissen des Krieges, sondern in den Bestimmungen des Friedensvertrages".

Wäre das nicht ein brauchbarer Fingerzeig für einen Friedensforscher, wie Sie, Herr Bundespräsident? Aber leider stammt dieser Hinweis von einem großen Historiker, und diese bedürfen wohl zumeist jener „kritischen Überprüfung ihres Geschichtsbildes" durch Sie?

Der US-Außenminister *Philander C. Knox* im Herbst 1919:

„Der Vertrag ist eine Anklage gegen die, die ihn entworfen haben. Er ist ein Verbrechen gegen die Zivilisation."

Aber, was versteht schon ein US-amerikanischer Außenminister von der Frage, ob ein Verbrechen gegen die Zivilisation als „Entschuldigung" für den Versuch ausreicht, „Versklavung und Helotentum" (wie

Reichskanzler Scheidemann (SPD) die Folgen des Versailler Vertrages nannte) abzuschütteln?
Das *sowjetische Informationsbüro* spricht von dem *„unter das Joch des Versailler Vertrages gebeugten Deutschland".* Aber was bedeutet schon ein Joch, wenn man es mit der Autorität eines Bundespräsidenten ganz einfach nicht zur Kenntnis nimmt?
Der preußische Ministerpräsident *Otto Braun* (SPD): *„Mit der Unterzeichnung aber übernahm Deutschland eine Schuld, die unmöglich zu tragen war. Sie entsprach, was die Alleinschuld am Ausbruch des Krieges anbelangt, nicht den historischen Tatsachen und der Kriegstribut überstieg weit die finanzielle und wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes. . . tatsächlich wurde im Mai 1919 in Versailles die Axt an die Wurzel der Weimarer Republik gelegt und die Giftsaat des neuen Nationalismus in den deutschen Boden gesenkt. Sie ging auf, wurde durch andauernde, aus dem Versailler Diktat hergeleitete Quälereien befruchtet, brachte die Weimarer Republik zum Erliegen und überwuchert heute nicht nur ganz Europa, sondern die ganze Welt . . ."*
Ei, Herr Präsident, wie haben sich doch alle wichtigen Leute so verheerend geirrt! Hätten Sie, Herr Bundespräsident, Ihre Ansprache doch 50 Jahre früher gehalten, wieviel Irrtümer hätten sich hochverdiente SPD-Politiker, ausländische Minister und Historiker ersparen können, einschließlich dem großen Münchner Revoluzzer, *Kurt Eisner*, der erklärte:
„Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein."
Sie w a r e n unabänderlich! Aber was bedeuten schon „Wüste und Chaos"? Sie, Herr Bundespräsident,

unterziehen in einem solchen Fall ganz einfach „das Geschichtsbild von Weimar einer kritischen Überprüfung" und schon stellt sich heraus, daß alliierter Rechtsbruch, Ausplünderung, Erpressung, Arbeitslosenelend vieler Millionen Deutscher, Entehrung und Verzweiflung noch nicht einmal zu einer „Entschuldigung" reichen für einen Aufstand gegen derlei Bagatellen!

Der englische Historiker *Gooch* – ein Mann von höchstem Rang in der gebildeten Welt – sagte über die Friedensbedingungen:

„Sie sind ein Schlag, von dem sie (die Weimarer Republik) sich nie erholte; denn Demokratie wurde für viele Deutsche gleichbedeutend mit Erniedrigung und Niederlage."

Aber es geschieht Gooch ganz recht, daß er sich in solchen Irrtum verrannte: Warum hat er auch nicht erst Ihre Ansprache vom 18. Januar *1971* abgewartet, um zu wissen, wie ein richtiges Geschichtsbild auszusehen hat! Auf das geläuterte Weltbild kommt es doch an und auf die erforderliche Stirne, dieses gegenüber „schwierigen Vaterländern" in so beglückender Unbekümmertheit zu vertreten!

Da wäre auch noch nachzutragen, wie ein weiterer reiner Tor und Träumer den Versailler Vertrag verkannte – *Wladimir Iljitsch Lenin:*

„Dieses Land, das durch den Versailler Vertrag gebunden ist, lebt unter Lebensbedingungen, die es ihm nicht erlauben, zu existieren."

Aber auch das reicht nicht aus, als mildernder Umstand bei der Beurteilung der nationalsozialistischen Machtergreifung gewertet zu werden. Der preußische Ministerpräsident *Hirsch* (SPD) rief in der deutschen Nationalversammlung am 12. Mai 1919 aus:

„Nie war Zorn berechtigter, als heute. Heute ist klar, was die Feinde mit uns vorhaben: Sie wollen uns für alle Zeit aus der Reihe der Kulturstaaten streichen . . .“!

Aber Sie, Herr Bundespräsident, lassen sich noch immer nicht erweichen und lassen Versailles nicht als bestimmende Ursache für 1933 gelten – geschweige denn als „Entschuldigung“? Der Verkünder des Pan-Europa-Gedankens, Graf Coudenhove-Calerghi, berichtet einen Ausspruch des 1919 amtierenden US-Außenministers *Lansing:*

„Mit beißender Ironie charakterisierte er (Lansing) die Schöpfer der Pariser Friedensverträge von 1919 und die anderen europäischen Staatsmänner, die in ihrer Blindheit einen zweiten Weltkrieg vorbereiteten summarisch als Idioten, Narren oder Verbrecher.“

Man ist versucht, darüber nachzugrübeln, wie wohl Mr. Robert Lansing Sie, Herr Bundespräsident, und Ihr Geschichtsbild charakterisieren würde?

Verzeihen Sie meine Hartnäckigkeit im Aufsuchen all derer, die durch Ihre grundstürzenden Geschichtserkenntnisse als des Irrtums überführt angesehen werden können. Da nenne ich Ihnen noch den britischen Historiker *Trevelyan* (1937):

„In der Reparationsfrage wurde sie (die Weimarer Republik) so phantastisch mißhandelt, daß sie ruiniert wurde . . . Frankreich . . . setzte vielmehr jahrelang seine Plackereien gegen Deutschland fort und trieb es so auf den Weg zum Nazi-Regime.“

Wie beruhigend ist es daher, von Ihnen, Herr Bundespräsident, zu erfahren, daß ein Ruin Deutschlands, wenn er lediglich durch „phantastische Mißhandlungen“ erzielt wurde, nicht allzuviel zu besagen hat, und daß es sich bei der Vermutung, dies könne mit dem

Aufkommen des Nationalsozialismus Wesentliches zu tun haben, um eine Fata Morgana in den Gehirnen politisch irrgläubiger Franzosen, Engländer, Amerikaner und Russen handeln muß.

„Die Drachensaat, im Jahre 1919 gesät, ist jetzt aufgegangen", erklärte 1938 der ehemalige Präsident der USA, *Herbert Hoover. „Nur aus den Zwangsmaßnahmen des Versailler Vertrages heraus ist die Entstehung der europäischen Diktaturen zu verstehen."*

Und nun noch die Worte des US-amerikanischen Historikers Charles C. C. *Tansill:*

„In Nürnberg wurden Männer gehängt, weil sie die Sprengung der mit nationalem Haß legierten Ketten geplant hatten. Kein Wort fiel über die Pseudo-Staatsmänner, die in Paris den Hexentrank bereitet hatten, durch den die Gemüter der Deutschen vergiftet wurden."

Colonel *Stevens* vom englischen Secret Service, der vom November 1939 bis Kriegsende im Konzentrationslager Dachau gehalten wurde, nahm Stellung zu dem Vorwurf, die Väter hätten verhindern müssen, daß Hitler an die Macht kam:

„Das ist unfair, denn niemand, der damals nicht dabei war, kann sich die Situation richtig vorstellen. Das Ringen um die Entscheidung wurde damals zwischen den Kommunisten und den Nazis geführt. Hätten sich die Kommunisten damals in Deutschland halten können, wäre heute wahrscheinlich ganz Europa kommunistisch."

Wäre das nach Ihren Worten dann lediglich ein „Betriebsunfall" gewesen?

Formel der Weisen: 1871 = Auschwitz!

„Hundert Jahre Deutsches Reich
– dies heißt eben nicht einmal Versailles,
sondern zweimal Versailles, 1871 und
1919 und dies heißt auch
Auschwitz, Stalingrad und bedingungslose
Kapitulation von 1945."

Was Stalingrad und bedingungslose Kapitulation angeht, möchte ich mich auf die Feststellung beschränken, daß dies ebenso tiefsinnig und beziehungsvoll klingt, wie es orakelhaft und nichtssagend ist. Anders scheint mir das mit Ihrer Bemerkung, Auschwitz betreffend, zu sein.

Bei der hochentwickelten allgemeinen Hysterie, der wir allenthalben begegnen, scheint mir eine Vorbemerkung notwendig. Nicht das, was eine berechnende Propaganda dazulügt, sondern das, was von deutscher Seite an Unmenschlichem w i r k l i c h geschah, muß die eindeutigste Verurteilung treffen. Denn wenn einem Patrioten die Ehre seines Volkes das Höchste bedeutet, dann kann die Unehre, die in jeglicher Unmenschlichkeit liegt, niemand tiefer treffen als gerade ihn. Wir hätten doch kein Recht, uns gegen Unrecht und Roheit von dritter Seite zu stellen, wenn wir nicht zuvorderst in unseren eigenen Reihen ablehnen würden, was wir uns von anderen verbitten!

Wir wehren uns aber gegen jene Heuchelei, die – gleichviel mit welchen gedanklichen Kniffen – den Eindruck vorgaukeln will, als handele es sich hier um die brave Welt und dort um „die" bösen Deutschen.

Auch unter der Maske einer ach so edlen Selbstkritik erkennen wir das Gesicht krankhafter Selbstzerstörung. Die Fronten heißen nicht: Hier schuldbeladenes Deutschland – dort die seelisch heile Welt, sondern sie können nur heißen: Hier die Menschen guten Willens und auf der Gegenseite die Verbrecher in a l l e r Welt!
Herr Bundespräsident, was Sie immer auch hinter den Worten, „Hundert Jahre Deutsches Reich bedeuten auch Auschwitz", an Gedanken bereithalten: Ich will mich gerne bemühen, diesem Ausspruch eine tragbare Deutung zuteil werden zu lassen. Aber ehe ich einen vorschnellen Schritt tue, muß ich mich vergewissern, ob Sie bereit sind, in genauer Entsprechung zu erklären, daß 730 Jahre englische Demokratie nicht nur einmal Überfall auf neutrale Staaten bedeuten, sondern oftmals und daß das auch „Hungerblockade nach einem gesicherten Waffenstillstand" bedeutet, Versailles und Dresden. Wenn Sie d i e s e s zugeben, möchte ich glauben, daß Sie wenigstens mit gleicher Elle messen.
Ich glaube, auch das Beschämende gehört zu jener Wahrheit, die man sehen muß, ja, von der man *fordern* soll, daß sie gezeigt werde! Aber dann bitte von a l l e n Zeiten und bei a l l e n Völkern.
Die Züchtung eines einseitig auf das deutsche Vok bezogenen Schuldkomplexes ist von höchster Gefährlichkeit für die Zukunft unserer Kinder und Enkel! So untergräbt man nicht nur die seelische Widerstandskraft unseres Volkes, sondern man hilft, bei anderen einen nunmehr schon Generationen alten Haß am Kochen zu erhalten, und es mag geschehen, daß sich eine fanatisierte Welt eines Tages erneut mit dem Schlachtruf auf uns stürzt:

„Schlagt sie, sie waren immer schon die Geißel der Menschheit und sie wissen es, denn ihre führenden Politiker sagen es ja täglich selbst!"

Wer sich dennoch anklagen will, dem kann man ein Wort des australischen Bischofs *Mudoon* empfehlen:

„Wenn jemand Schuld empfindet, möge er zu einem guten Beichtvater gehen, aber uns andere verschonen!"

Vor allem sollte sich niemand die peinliche Blöße geben, die Geschichte der Unmenschlichkeiten mit dem Jahre 1933 beginnen oder sie für andere in diesem Jahre enden lassen zu wollen.

Einer der höchsten Offiziere der amerikanischen Nordstaaten während des Sezessionskrieges 1861–65, *Sherman*, erklärte:

„Wenn sich die Leute über meine Barbarei und Grausamkeit beklagen sollten, werde ich antworten, daß Krieg eben Krieg ist."

Dazu meinte der Adjutant Shermans, Major George W. *Nichols:*

„Er ist Demokrat im besten Sinne des Wortes. An ihm ist nichts Europäisches. Er ist ein Prototyp unserer Ordnung."

Der Präsident der USA, *Jefferson,* aber nannte Sherman „den Attila des amerikanischen Kontinentes".

Würden Sie, Herr Bundespräsident, bereit sein, zu erklären: „Neunzig Jahre US-amerikanische Demokratie bedeuten eben auch 1861–65 im Krieg gegen die eigenen Landsleute „Barbarei und Grausamkeit? "

Eine vom amerikanischen Senat eingesetzte Untersuchungskommission, die einen Bericht über die US-Gerichtsbarkeit in Deutschland erstatten sollte – besetzt mit den Richtern van Roden, Simpson und

Lawrence jr. – stellte 1945 fest, daß bei den sogenannten Kriegsverbrecherprozessen deutschen Soldaten Geständnisse durch sadistische Quälereien abgepreßt worden waren:

„. . .in 137 Fällen hat die Untersuchung ergeben, daß diesen Deutschen die Hoden unheilbar zerschlagen worden sind. Es ist dies das normale Verfahren der amerikanischen Untersuchungsbeamten gewesen."

Sollten wir nun auch die Geschmacklosigkeit begehen, derlei Sadismus als Ausfluß von „170 Jahren amerikanischer Demokratie" zu bezeichnen? Oder sagen wir es in getreuer Entsprechung: Heißt 170 Jahre Vereinigte Staaten von Amerika auch „Landsberg" mit seinen Quälereien? Heißt 170 Jahre USA auch Hiroshima? Hat je ein Ausländer gegen sein Volk und Land Ihre Art Logik angewandt?

Der bayerische Ministerpräsident *Wilhelm Hoegner* (SPD) berichtet, daß 1945 von 18 000 Lehrkräften in Bayerns Volksschulen 10 000 auf amerikanischen Druck entlassen werden mußten, ein Vielfaches von dem, was 1933 amtsentlassen wurde. – –

Die „Augsburger Allgemeine" mit der US-amerikanischen Lizenz Nr. 7 wußte zu berichten, daß 1945 insgesamt 14 Millionen Deutsche und Deutsch-Österreicher in Gefängnissen und Lagern saßen. Hat es je ein größeres Gefängnis gegeben – außer in Rußland vielleicht – als das Deutschland von 1945? Würden Sie sagen, das heißt 156 Jahre französische „liberté", 42 Jahre Sowjetunion, 730 Jahre englische charta libertatum und 169 Jahre US-Unabhängigkeitserklärung? Ja? Dann könnte Ihre Aussage „100 Jahre Deutsches Reich heißt auch Auschwitz" guten Glaubens erfolgt sein. Taktvoll und weltkundig wäre sie aber deswegen noch lange nicht.

Echte Demokraten: Bebel und Liebknecht

Herr Bundespräsident, Sie sagen:
„Als das deutsche Reich in Versailles ausgerufen wurde, war keiner von den 1848ern zugegen, ja Männer, wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht und andere Sozialdemokraten, die sich gegen den Übermut des Sieges über Frankreich geäußert hatten, saßen in Gefängnissen."

Herr Bundespräsident, es ist bedauerlich, wenn eine Regierung Bürger einsperren läßt, weil sie Meinungen haben, die von der ihrigen abweichen. Aber wir wollen doch um der Gerechtigkeit willen festhalten, daß solches nicht nur bei den Preußen üblich war und hier noch nicht einmal in dem Umfang wie in einigen großen Demokratien, wobei es ein geringer Trost für deren Häftlinge gewesen sein dürfte, im Namen der Freiheit eingesperrt zu sein.
Hat nicht Herr F. D. Roosevelt unzählige Bürger festsetzen lassen – darunter unter rassischen Gesichtspunkten weit über hunderttausend Japaner – nur weil sie wegen ihrer Hautfarbe potentielle Gegner werden konnten? Und aus England berichtet General *Fuller:* *„Es kam zu Massenverhaftungen (im zweiten Weltkrieg). Hunderte von Menschen, deren einziges Verbrechen darin bestand, daß sie den Krieg für einen Mißgriff hielten, wurden ohne Anklageerhebung und ohne Gerichtsverfahren unter Bedingungen in Haft gehalten, die man nur barbarisch nennen kann. Einer der Internierten, ein jüdischer Flüchtling aus Deutschland, der schon in Dachau eingesperrt war, erklärte,*

die Zustände im Konzentrationslager ASCOT seien so schlimm, daß er sechs Monate Dachau einem Monat ASCOT vorziehe."

Herr Bundespräsident, es ist mir eine Genugtuung, daß Herr Bebel von den gewalttätigen Preußen soviel humaner behandelt worden ist! Der sozialdemokratische ehemalige Reichstagsabgeordnete und Emigrant, *Hermann Wendel,* berichtet in seinem Buch über August Bebels Hubertusburger Haft:

„Sie stattete den ‚Hochverräter' außerdem mit neuem wissenschaftlichen Rüstzeug aus und steigerte so seine Gefährlichkeit für die herrschenden Mächte. Vor allem aber brachte die erzwungene Erholung von der aufreibenden Agitationsarbeit, wie die gute Luft der Hubertusburger Wälder Bebels kranker Lunge – Vater und Mutter waren ja an der Schwindsucht gestorben – die Heilung."

Nicht wahr, Herr Bundespräsident, man kann alles so und anders darstellen, je nachdem man bestrebt ist, die deutsche Geschichte recht finster, oder die der Gegner möglichst hell erscheinen zu lassen!

Sie auf jeden Fall benutzen die Unwissenheit von Millionen, um alles grau in grau aufzutragen. Sie behaupten, jene Herren seien wegen ihrer Warnung „vor dem nationalistischen Übermut" ins Gefängnis gewandert. Ernennen Sie damit die Herren Bebel, Liebknecht und Genossen zu zuständigen Richtern über das, was als „Übermut" zu gelten hat? Geschah der Erwerb von Elsaß-Lothringen und die Niederkämpfung Frankreichs nach Sedan, die von den Sozialdemokraten dieses Schlages so verdammt wurden, wirklich aus „Übermut", Herr Bundespräsident? Wer drängte mehr auf eine Beendigung des Krieges als der Bismarck von 1870? Aber weiß nicht alle Welt, daß

zum Friedenschließen (was v o r 1945 ja noch üblich war) mehr als nur e i n e Partei gehört? Wollen Sie sagen, daß nach Sedan die Republik Frankreich sich geschlagen geben wollte? Oder sollten die deutschen Armeen 1870 dennoch angesichts eines entschlossenen Gegners einfach auseinanderlaufen, weil das in Bebels und Liebknechts Fahrplan der Revolution gepaßt haben würde? Mußte Moltke sich dem militärischen Rat derer fügen, die täglich „Nieder mit dem Militär" riefen? Geschah doch der Erwerb von Elsaß-Lothringen aus militärischen Erwägungen gegenüber einem Nachbarn, von dem die englische Zeitung „Daily News" am 8. September 1870 schrieb:
„Die Deutschen haben das Recht, ihre eigenen Bedingungen zu stellen. Sie wollen nur in Frieden leben und von den neidischen Nachbarn weder belästigt noch geteilt werden. Frankreich hat sich ständig in die Angelegenheiten Deutschlands gemischt. Diese Einmischung war nicht etwa die Tat dieser oder jener Regierung, sondern die des ganzen französischen Volkes... Ein Krieg um den Rhein ist immer volkstümlich gewesen."
Auf welcher Seite lag da wohl der „nationalistische Übermut"? Meinen Sie im Ernst, das Deutschland von 1870 war schon so heruntergekommen, daß es bei einem Bebel anfragen mußte, ob und wie wir einer Wiederholung militärischer „Belästigungen" wirksam begegnen dürfen?
Freilich, wenn Deutschland zehn- oder 15 000 Quadratkilometer Land zurückholt, ist's eine „kosakische Barbarei" für die zartbesaitete Linke. Wenn uns Polen in zwei Kriegen das Zehnfache wegnimmt, dann ist die gleiche Linke im Jahre 1970 „sehr glücklich". Nicht wahr, Herr Bundespräsident? "

„Logik, Logik? Zum Teufel mit aller Logik!“ rief 1919 der US-Präsident Wilson!
Aber nunmehr will ich vor allem deutlich machen, was es bedeutet, wenn ein bundesdeutsches Staatsoberhaupt die zwei Namen Bebel und Wilhelm Liebknecht so besonders herausstellt, wie Sie das doch getan haben.
Sind es nicht Männer, die unter „Vaterland“ das verstanden, was heute Herr Ulbricht auch darunter versteht? Eine Schrift des Zentralkomitees der SED besagt:
„Wir sind stolz darauf, in unserer Deutschen Demokratischen Republik das von Bebel erstrebte politische Ziel der Arbeiterklasse verwirklicht zu haben.“
Lenin nennt ihn ein „Vorbild eines Arbeiterführers“ und *Engels* stellt 1891 fest: Ich habe mit Bebel *„fortwährend eine Übereinstimmung der Denkrichtung und Denkweise zwischen uns bemerkt, wie sie zwischen Leuten von so verschiedenem Entwicklungsgang förmlich wunderbar ist.“*
Bebel und Liebknecht sind jene Reichstagsabgeordneten, welche die Kriegskredite für die Abwehr des französischen Angriffs von 1870 verweigert haben und lebenslang die Parole wiederholten:
„Diesem System keinen Mann und keinen Pfennig!“
Hier ist nicht der Ort, zu befinden, wieweit soziale Verbesserungen erforderlich waren, oder wieweit marxistisch-kommunistische Zielsetzungen etwa berechtigt erscheinen. Wohl aber geht es darum, Herr Bundespräsident, wie sachkundig und aufrichtig Ihre Kritik an dem Umstand ist, daß Bebel und Liebknecht nicht in Versailles 1871 das monarchische oder auch das demokratische Reich vertreten durften!
Es ist aufs höchste bemerkenswert, daß die Schritt-

macher und Vorbilder Lenins und Stalins vom Präsidenten eines demokratischen Staates unserer Zuneigung und Teilnahme so betont anempfohlen werden! Denn das Hochziel dieser beiden war nicht die parlamentarische Demokratie, sondern über die Diktatur des Proletariats hinweg die Herrschaft der „Arbeiterklasse“ und damit die völlige Entmachtung derer, die die Ehre hatten, von ihnen als hassenswerte Ausbeuter bezeichnet zu werden!

Wilhelm Liebknecht: (SPD) „Wer mit den Feinden parlamentelt, parlamentiert, wer parlamentiert, paktiert!“

Und, um ja keinen Zweifel über das Endziel des proletarischen Klassenkampfes aufkommen zu lassen, stellt *Bebel* (SPD) fest:

„Bisher haben wir stets erklärt, wir wollen die sozialdemokratische Gesellschaft herbeiführen unter Beseitigung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft und ihres politischen Überbaues, des heutigen Staates.“

Liebknecht (SPD):

Im ‚Reichstag‘ wird nicht Geschichte gemacht, sondern einfach Komödie gespielt ... Die Wahlen erzeugen immerhin eine gewisse Aufregung, die wir zu agitatorischen Zwecken benutzen müssen ... Revolutionen werden nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis gemacht; die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden; sie muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können ... Wollte ich meinen Wünschen und Neigungen folgen, so würde ich überhaupt keinen Fuß in den Reichstag setzen. Ich bin für die parlamentarische Arbeit durchaus nicht geschaffen ...

In allen Staaten, wo er (der Parlamentarismus) grassiert, dient er zur Täuschung und Knechtung des

Volkes, ist ein mit dem Schaumgold der Phrase beklebter Theatermantel, hinter dem der Absolutismus und die Klassenherrschaft ihre häßlichen Glieder und Mordwaffen verstecken."
Und diesen Herrn Liebknecht vermissen Sie – als Präsident eines parlamentarisch regierten Staates – so schmerzlich neben König Wilhelm, Bismarck und den deutschen Fürsten?
Liebknecht (SPD):
„Und wenn das Volk, wenn die ‚Arbeiterbataillone' gerüstet an den Toren des Parlaments stehen, dann kann vielleicht ein von der Tribüne geschleudertes Wort zündend, wie ein elektrischer Funke, das Signal zur befreienden Tat geben." Die deutsche Frage „wird zwischen uns auf dem Schlachtfeld gelöst!"
Und so stellen Sie, Herr Bundespräsident, sich den Parlamentarier vor, der nach Ihren Worten die „Verbindung von demokratischem und nationalem Wollen" in Versailles mitverkörpern sollte?
Am 8. November 1871 sagte ein Abgeordneter (Ziegler) im Reichstag zu Bebel:
„Hören Sie Bebel, wir allesamt sind Schisser! Bekommen Sie die Gewalt in die Hand, so hängen Sie uns samt und sonders an die Laterne!"
Und an seine Frau schrieb Bebel, er sitze auf der äußersten Linken, weiter zu rücken, verhindere ihn die Wand!
Liebknecht (SPD) meinte, *„man kann von unserer Kultur sagen: ‚Wenn man die heutige Kultur kratzt, kommt die Barbarei zum Vorschein!'"* Diese Worte vom 5. Februar 1872 fielen in einem Jahrhundert, in dem Deutschland auf dem Höhepunkt seiner wissenschaftlich-geistigen Weltbedeutung stand!

Und Sie, Herr Bundespräsident, möchten wohl noch nachträglich Herrn Liebknecht zumuten, im Spiegelsaal zu Versailles die deutsche „Kulturbarbarei“ verkörpern zu helfen? Sollte er – wie er es nannte, das „Bismarcksche Schandregime“ mit seiner Anwesenheit decken oder der Welt dartun, daß ein „Schandregime“ die Vornehmheit besitzt, jene Leute zu festlichen Anlässen im Frack zu sich zu bitten, die unablässig sich als „Todfeinde“ der Gesellschaft bezeichnen? Was von alledem wollten Sie, Herr Bundespräsident, nun eigentlich zum Ausdruck bringen?
Das Ziel dieser Marxisten war nicht ein auf friedlichem Wege erreichter Abbau der unterschiedlichen wirtschaftlichen Lage des einzelnen. Dies mußte ja den klassenkämpferischen Schwung einschläfern. *Bebel* (SPD) meinte: *„Die Leute werden mit ihrer Lebenslage zufrieden und verlieren den revolutionären Boden unter den Füßen“* und Liebknecht (SPD) erklärte, den *„herrschenden Klassen gegenüber ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage“.*
Und dennoch, Herr Bundespräsident, sollten diese Sturmvögel der Weltrevolution bei der Ausrufung des Reiches am 18. Januar 1871 der Menschheit deutlich machen, daß für die baldige Zerstörung des neuen Baues schon vorgesorgt sei, ehe dieser schlüsselfertig übergeben werden konnte ?
Bebel (SPD): „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.“
Welcher grenzenlose Fanatismus diese Forderung bereits begleitete, zeigte die uns von Zeitgenossen berichtete Auffassung seiner Jünger, die erklärten: „Was

bis jetzt Jesus Christus war, wird einst Bebel und Liebknecht sein!"

Schon forderte man – 100 Jahre vor den Jusos – die Enteignung von Grund und Boden: Staatsdomänen, Kirchengüter, Bergwerke, Eisenbahnen. *Bebel* (SPD): *„Es bleibt bei der Expropriation. Die geben wir nicht auf!"*

Und Sie, Herr Bundespräsident, wünschten das schon vor hundert Jahren verwirklicht zu sehen – oder wie dürfen wir Ihre Herausstellung von Bebel und Liebknecht verstehen?

Die beiden begrüßten mit Jubel die Pariser Kommune von 1871. Daß die Linke in Paris Generäle als Geiseln erschoß, den Pariser Erzbischof umbrachte und die Tuilerien in Brand aufgehen ließ, das alles lesen wir in Ihrer Ansprache nicht.

Wir wissen, daß *Bismarck* die unerhörte Tragödie von Paris 1871 und die deutschen Bewunderer der Kommune wohl beachtete und Jahrzehnte vor der bolschewistischen Revolution die Gefährlichkeit der Linken erkannte, denn er sagte am 17. September 1878:

„Von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr befindet."

Lenin wollte unter einer Fahne der Pariser Kommune von 1871 begraben werden. Das füge ich an, auf daß auch für das einfachste Gemüt anschaulich werde, wofür Bebels Herz so lebhaft schlug. Und, Herr Bundespräsident, ich habe das Gefühl, daß Lenin in Sachen Bolschewismus ein unbestritten klares Urteil hatte.

Bebel und Liebknecht im Spiegelsaal zu Versailles: Das wünschen Sie, Herr Bundespräsident? Ich aber

sage Ihnen: Das hätten die beiden wohl selbst weit von sich gewiesen!
Und die Gegenseite, die Fürsten und Militärs waren noch nicht so fortgeschritten, wie so viele Linke von heute, daß sie aus Lust am Untergang ihre Todfeinde zu umarmen wünschten! Dazu gab es damals eben noch nicht genug Intellektuelle in der Führung!

Herr Bundespräsident, Sie sagen: „Eines aber gilt es gerade im Hinblick auf den 18. Januar mit aller Entschiedenheit festzuhalten. Das sind die im Grundgesetz festgelegten Freiheitsrechte aller Bürger. Im Grundgesetz haben wir uns entschieden für Grundrechte wie Gewissensfreiheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit."

Darf ich Sie fragen, wann man sich „entschieden" hat: Wenn man sich zu einem Wortlaut bekennt, oder wenn man durch sein Handeln und Verhalten täglich beweist, daß man vom Geiste einer Grundordnung erfüllt ist? Wenn nämlich nur das erstere der Fall ist, dann gibt man falsches Geld für bare Münze aus!
Ist es denn selbst einem Bundestagsabgeordneten heute möglich, ein freies Gewissen zu betätigen? Waren es nicht Sie selbst, Herr Bundespräsident, der zu Vertretern des Komitees amerikanischer Juden sagte, daß der Bundestag die Verjährungsfrist für Morde während der NS-Zeit nur unter Druck des Auslandes bis Ende 1969 verlängert habe? Nennen Sie das, „an der Gewissensfreiheit entschieden festhalten"?
Hat nicht ein Bundesfinanzminister erklärt, niemand wage etwas gegen das Hochspielen der Wiedergutmachungszusagen zu unternehmen, „aus Angst, als Antisemit verschrien zu werden"?
Wird in dem von Ihnen präsidierten Staat nicht jeder von jedem in die „Nazi"-Ecke getrieben, den man niederzuhalten und zu schädigen gedenkt? Beschwert sich nicht ein führendes Blatt der CDU/CSU: *„Die Gleichsetzung der Unionsparteien mit einer Rechts-*

APO, mit dem Rechtsradikalismus schlechthin oder gar, Gipfel der Ungeheuerlichkeit, mit der NSDAP reißt einen Graben auf, der, wenn überhaupt, nur mit größter Mühe wieder zugeschüttet werden kann.“
Sie aber sagen in Ihrer Ansprache: „Die innere Einheit ist ein gut Stück vorangekommen.“ Im formalen Bekenntnis, ja. Aber kommt es nicht vielmehr auf das an, was h i n t e r einem solchen „Bekenntnis“ steht? Soll ich Ihnen, Herr Bundespräsident, all die deutschen Bürger zu einem Empfang nach Bonn schicken, die Ihnen berichten können von empfindlichen Existenzschädigungen, die sie erlitten, – die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer nationalen Partei aus ihrer Gewerkschaft, ja aus dem Betrieb hinausgestoßen wurden, geschäftlich boykottiert, oder als Beamte benachteiligt und herabgewürdigt wurden? Dann viel Glück bei der Suche nach einem Saal, der groß genug ist für all diese Opfer freiheitlichen Eifers!

Einst hat im „reaktionären Schandregiment“ Bismarcks August Bebel im Reichstag den Revers verlesen, den damals Beamte der preußischen Militärverwaltung unterschreiben mußten: *„Ich versichere hierdurch, daß ich gegenwärtig keinem Vereine, der sozialdemokratische oder gleichartige Ziele verfolgt, noch angehöre, und verpflichte mich, auch nie wieder einem solchen Verein mich anzuschließen, sozialdemokratische Bestrebungen weder durch Werbung noch Sammlung zu fördern, Versammlungen der Sozialdemokratischen Parteien nicht zu besuchen, ihre Lokale zu vermeiden, ihre Zeitungen weder zu halten noch zu lesen.“*
Man bedenke, Bebel nimmt es den Militärbehörden übel, daß sie jene Marxisten bekämpfen, die sich laut und offen „Todfeinde des Militarismus“ nannten!

– Wieviel abstoßender ist heute daher das Vorgehen gegen Bürger, die sich mit allem Nachdruck zur Bundesrepublik und ihrem Grundgesetz bekennen u n d sich entsprechend verhalten! Und so frage ich Sie, Herr Bundespräsident, was sagen Sie dazu, daß man in Amtsstuben, Betrieben und Bundeswehr gesetzestreue Bürger als politisch unzuverlässig abstempelt, und ihnen die Möglichkeit abspricht, Geheimnisträger zu sein, bloß weil sie national denken – wo man doch weiß, daß die „Johns“ und „Frenzels“ aus ganz entgegengesetzten Teilen der Windrose herkommen?
Haben Sie es im Fernsehen denn nicht mitbekommen, wie man Bürgern, die gegen den Verrat am deutschen Osten in einwandfreier Weise demonstrieren, unter den Augen starker Polizeiaufgebote die Autos zerschlägt? Wohlgemerkt: Vor Millionen Zuschauern am Bildschirm! – Wahrlich, es ist so, wie Sie sagen, daß „die demokratische Ordnung im Sinne des Grundgesetzes von einer Breite der Übereinstimmung getragen wird, wie sie unsere Geschichte bislang nicht gekannt hat“. Nur schade, daß dabei die Autos u n d die Glaubwürdigkeit unserer Politiker reparaturbedürftig geworden sind!
Herr Bundespräsident, Sie sagten, die Versammlungsfreiheit sei mit aller Entschiedenheit festzuhalten. Nun meine ich, daß in einer parlamentarischen Demokratie zu den wichtigsten Versammlungen auf jeden Fall die vom Gesetz vorgeschriebenen Parteitage gehören. Wissen Sie nun wirklich nicht, daß man der NPD auf drei aufeinanderfolgenden Parteitagen trotz rechtskräftiger Mietverträge die Tagungsstätten verweigerte, so daß die laut Gesetz unerläßlichen Parteitage nicht stattfinden konnten? Was halten Sie davon, Herr Bundespräsident? Haben Sie je Ihre

Stimme hierzu im Sinne der Gerechtigkeit erhoben? Fanden Sie denn nicht, daß hier weniger eine Partei getroffen wurde, als das Ansehen der Demokratie? Darf man so auf Minderheiten herumtrampeln? Haben Sie nicht geschworen, „Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben“, so daß man Ihre warnende Stimme gegen Rechtsbruch und gegen Roheitsakte an einer Minderheit erwarten dürfte?

Sie verkünden, daß es gilt, „die Redefreiheit festzuhalten“. Darf ich Sie um eine genaue Festlegung des Begriffes „Redefreiheit“ bitten? Versteht man unter Redefreiheit die Möglichkeit, alles zu sagen, was man denkt, mit Ausnahme dessen, was man nicht sagen darf? Ist es die Erlaubnis, nach Herzenslust sich Luft zu machen dort, wo es nur von einer völlig unerheblichen Hörerschaft vernommen werden kann? Dann allerdings hätten wir Redefreiheit. Wenn es aber das Recht wäre, dort zu sprechen, wo es von Millionen gehört werden kann – in Presse, Funk und Fernsehen, dann hat es bei uns noch keinen Maulkorb gegeben, der enger geflochten und fester geschnürt sein könnte.

Für wie dumm hält man denn den deutschen Bürger, daß er sich nicht von allen Möglichkeiten ausgeschlossen sehen sollte, w i r k l i c h zu den Massen sprechen zu können? Wollen Sie, Herr Bundespräsident, etwa glauben machen, Sie hätten nicht begriffen, was die Technik für die Meinungsmache durch die Massenmedien bedeutet? Und welchen Anteil an ihnen haben diejenigen, die nicht dem Klub der Etablierten angehören?

Wie soll sich die an die Wand gedrückte Opposition der Nationalen mit diesem ungeheuerlichen Zustand abfinden, wenn selbst der Vorsitzende einer Partei

mit absoluter Mehrheit in einem Bundesland feststellt:
„Volksfremde Publikationsorgane" und eine „Reichsrundfunkkammer mit Linksdrall" haben in weiten Teilen der Meinungslandschaft „Eingleisigkeit" hervorgerufen ... die rote Unterwanderung bei Funk und Fernsehen hat ein Ausmaß angenommen, das für die Zukunft unserer Gesellschaft zu ernsten Sorgen Anlaß gibt!"
Ja, selbst ein SPD-Abgeordneter, *Wenzel Jaksch*, meinte schon vor Jahren:
„Es wäre an der Zeit, daß mindestens 50 % der westdeutschen Fernsehgebühren von der Prager- bzw. Warschauer Staatskasse übernommen werden... Die Sendung war ein beinahe gelungenes Gemeinschaftswerk zwischen einer demokratisch finanzierten Rundfunkanstalt in Hamburg und einer stalinistischen Propagandazentrale in Prag. Die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Menschlichkeit und Unmenschlichkeit werden wegmanipuliert, und lautlos vollzieht sich die Machtergreifung von Koexistenzialismus und Opportunismus auf diesem Sektor der Meinungsbildung."
Und dies sollte nach dem Willen des deutschen Volkes geschehen? Und seit Jahren schon rennt in der politischen Weltarena der deutsche Stier nun mit wachsendem Eifer nach dem roten Tuche, welches die Fernsehmatadoren vor ihm schwenken – unverdrossen, denn er weiß ja nicht, daß er geschlachtet werden soll. Sie aber, Herr Bundespräsident, meinen dagegen, es gilt solche Art Redefreiheit „festzuhalten". Schön, daß Sie das so treuherzig sagen. Es begünstigt zwar die Gefahr, aber es beruhigt den mündigen Bürger.

Herr Bundespräsident, wir sind doch so feige geworden, daß wir weder die Umwelt noch die Vergangenheit anders anzusprechen wagen, als es die Sprachregelung der Umerziehung zuläßt. Aber: Die Wahrheit ist das Leben und wer ihr ausweicht, schleicht sich aus dem Leben selbst!

Ich scheue mich deshalb nicht, Sie zu fragen, ob es im Geiste der Gewissens- und Redefreiheit möglich ist, daß irgendwer etwas Positives, was er in der Zeit zwischen 1933 und 1945 neben dem Negativen sieht, verzeichnen darf? Ohne Seitenblick auf den Staatsanwalt? Ohne daß ein Krähenschwarm von Meinungsmachern sich auf ihn stürzt und ihn zerhackt?

Wer wehrt noch ernsthaft jenen unaussprechlichen Zeitgenossen, die auf Buchmessen Stände kurz und klein schlagen, weil auf ihnen Bücher liegen, deren unerwünschter Wahrheitsgehalt nicht zu widerlegen ist? Herr Bundespräsident, es ist dies nur eine Frage, und f r a g e n darf man doch wohl noch? Oder ist auch das schon zuviel Redefreiheit?

Dürfte heutigentags ein Kanzler – ohne darüber seinen Sturz herauszufordern – seinem Verkehrsminister klarmachen, daß in den letzten zwanzig Jahren der Bestand an PKW sich mehr als verzwanzigfachte, indes gleichzeitig nur ganze 2000 km Autobahnen gebaut wurden, streckenmäßig das, was in den letzten beiden Jahren vor 1939 fertig wurde – bei einem damaligen vergleichsweisen Bruchteil an Kraftfahrzeugen?

Gäbe es nicht ein wildes Geschrei, wenn ein Justizminister mit dem Hinweis hervorträte, daß wir heute eine Jugendkriminalität haben, die ein Mehrfaches von jener zu Zeiten Kaiser Wilhelms II. beträgt, während umgekehrt 1935 dieselbe ein Drittel von jener des Jahres 1910 ausmachte?

Darf ich erfahren, was nach Ihrer Ansicht geschähe, wenn eine Partei der Bundesrepublik im Parlament den Antrag einbrächte, alle Schulklassen sollten allmorgendlich zur Flaggenhissung antreten und das Deutschlandlied singen? (Natürlich nur die dritte Strophe, denn irgend eine Nation muß doch den Mut aufbringen, sich ihrer Nationalhymne wenigstens teilweise zu schämen!) In einer sehr großen überseeischen Demokratie geschieht ein solch symbolischer Vorgang täglich! (USA)
Oder den Antrag, alle Studenten vom Studium auszuschließen, wenn sie nicht ihren Wehrdienst abgeleistet haben, wie das in Israel Brauch ist?
Was halten Sie davon, daß in den israelischen Streitkräften die Lektüre der Bücher des Mussolinibefreiers, Skorzeny, Pflichtlektüre für Offiziere ist, während sie in deutschen Büchereien auf dem Index stehen?
Könnten Sie uns dartun, daß dies ein normales Verhalten der Deutschen darstellt? Es wäre nötig, hierüber klarzusehen!
Tragen unsere Politiker nicht mit Überzeugung vor, wir Gerechten könnten doch nicht „unter Mördern leben"? Am 26. Mai 1952 (dem Todestag des von Besatzungstruppen hingerichteten deutschen Widerstandskämpfers Albert Leo Schlageter) unterschrieb aber die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den „Überleitungsvertrag", in dem zu lesen ist:
„Niemand darf allein deswegen unter Anklage gestellt oder durch Maßnahmen deutscher Gerichte oder Behörden in seinen Bürgerrechten oder seiner wirtschaftlichen Stellung nur deswegen beeinträchtigt werden, weil er vor Inkrafttreten dieses Vertrages mit der Sache der Drei Mächte sympathisiert, sie oder ihre Interessen unterstützt oder den Streitkräften, Behör-

den oder Dienststellen einer oder mehrerer der Drei Mächte oder einem Beauftragten einer dieser Mächte Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet hat. . . die deutschen Behörden haben alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um sicherzustellen, daß der Zweck dieses Absatzes erreicht wird."

Herr Bundespräsident, ist davon „Mord" ausgenommen? Erklären wir Deutsche also damit nicht, daß wir „unter Mördern leben" wollen, sofern Morde „im Dienste" der Siegermächte begangen worden sind?

Darf man Ihnen die Frage stellen: Was geschähe, wenn jemand in diesem Zusammenhange von Schizophrenie spräche? Oder von Heuchelei? Oder ist das ganz harmlos lediglich eine von den

„trefflichen pragmatischen Maximen,
wie sie den Puppen wohl im Munde ziemen?"

„Mit Mördern leben" – Ja oder Nein oder Jein: Das ist hier die Frage. Als ehemaliger Bundesjustizminister kennen Sie doch die Rechtslage genau. Könnten Sie uns also nicht in unserer Ratlosigkeit zu erfreulicher Gewißheit verhelfen?

Was geschähe wohl, wenn ein Bundesbürger folgendes schriebe: *„Hitler war als taktischer Theoretiker genauso hellseherisch, wie er als Politiker scharfsinnig war. Er hatte den letzten Krieg (1914-18) genau untersucht und seine taktischen Lehren in sich aufgenommen – eine bemerkenswerte Beschäftigung für einen Gefreiten. Was jedoch noch bemerkenswerter ist, – er übertrug sie auf die Zukunft und formte nach ihnen seine eigene militärische Macht. 1939 beruhte die Überlegenheit der deutschen Wehrmacht weder auf ihrer zahlenmäßigen Stärke, noch auf Überlegenheit seiner Waffen und der übrigen Ausrüstung, son-*

dern auf dem Vorzug ihrer Taktik, die Hitler – wenn vielleicht auch nicht selbst ersonnen – zumindest seinem widerstrebenden Generalstab aufgezwungen hatte." Dies schrieb der englische General Fuller, der in Fachkreisen als „genial" galt!

Oder ein zweites Urteil über den gleichen Mann:

„Hitler war als Stratege keineswegs dumm, er war eher gar zu brillant und litt an den natürlichen Fehlern, die gewöhnlich zu solcher Brillanz gehören. Er besaß ein hochentwickeltes Verständnis für die Überraschungstaktik und war ein Meister der psychologischen Kriegsführung, die er auf einen neuen Stand erhob . . . Er hatte auch besser als jeder General begriffen, wie unblutige Eroberungen, die dem Krieg vorausgingen, durch Unterminierung des Widerstandes im voraus zustandegebracht werden. Kein Stratege der Geschichte hat sich geschickter als er die Absichten seiner Gegner zunutze gemacht, der Gipfel von Geschicklichkeit in der Kriegsführung. . . Ich bemerkte zu Manteuffel (Kommandeur einer deutschen Panzerarmee im Zweiten Weltkrieg), daß, je mehr ich von der Kriegführung auf deutscher Seite erfuhr, umso mehr in mir der Eindruck wuchs, daß Hitler ein natürliches Gefühl für originelle Strategie und Taktik besaß, während der deutsche Generalstab andererseits zwar großes Sachverständnis hatte, aber keine Originalität. . . .

Hitlers strategische Intuition und die operative Rechenkunst des Generalstabes hätten wohl ein alleroberndes Bündnis eingehen können."

Das schrieb der bedeutendste Militärsachverständige der Welt, der große Theoretiker des Bewegungskrieges, als er nach dem Kriege die maßgeblichen Feldherrn der ganzen Welt einvernommen hatte – *Liddel Hart.*

Es ist eine grundsätzliche Frage, Herr Bundespräsident, ob ein Deutscher, wenn er so richtig deutsch reden will, englisch lispeln, oder russisch radebrechen muß, um sich deutlich machen zu dürfen? Es macht nämlich den klarsten Kopf unsicher, wenn sich die Umgebung hysterisch gibt. Ein ermutigendes Wort von Ihrer Seite könnte so manches erleichtern und die heutige Zeit vor dem Spott späterer Geschichtsschreiber bewahren. Denn entweder sind die genannten Engländer verrückt oder jene, die Hitler den „Malergehilfen" nennen, der sich erdreistete, in militärischen Dingen mitzureden. Daß beide Seiten nicht normal dächten, wäre doch wohl ein gar zu großer Zufall.
So erscheint denn vieles glatt und gelöst, was doch völlig offen ist! Und wenn dann einer ohne Rücksicht auf das Gezische der Meinungsmacher den Offenbarungseid verlangt, ist die Empörung groß und die Ratlosigkeit noch größer. Helfen Sie also mit, Herr Bundespräsident, daß das böse Urteil einer Schweizer Zeitung gegenstandslos wird:
Die Bundesrepublik sieht ihre Probleme nicht, um sie nicht lösen zu müssen!"
Die Probleme ähneln aber im Kerne vielfach denen der niedergehenden Weimarer Republik: Vor allem darin, daß die Glaubwürdigkeit von Parlament und Regierung verfällt, indes Opferwille und echte Hingabe an Volk und Staat sich in schöne Redensarten auflösen.
Schelten Sie nicht ewig den nationalgesinnten Deutschen, denn er ist des Staates zuverlässigster Bürger! Er ist zuallerletzt der Staatsfeind und hat für Landesverrat nicht die geringste Begabung.
Jedenfalls: Wenn Sie dieselbe Liebe und dasselbe Ver-

ständnis aufbringen könnten, um nationale Deutsche wieder in die menschliche Gesellschaft der Bundesrepublik eingliedern zu helfen, welche Sie in so bewunderswerter Weise schon der Resozialisierung von Kriminellen zugewendet haben, würde das vielen Bürgern von unschätzbarem Nutzen sein.
Machen Sie sich nicht die Gesetzestreuesten durch anhaltende Herabwürdigung zu Gegnern, damit in unserem Staate nicht eine Lage entsteht, von der jener 1848er, der in Frankfurt besonders stürmisch gefeiert wurde – Ernst Moritz Arndt – sagte:
„Wenn solches alles eine Nation ohne Murren leiden kann, ohne endlich fürchterlich auszuschlagen, so hat sie den Namen und die Ehre eines Volkes verwirkt!“

Mit besonderer Hochachtung
Emil Maier-Dorn

Offener Brief
an den Herrn Bundespräsidenten Dr. Heinemann

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Sie haben in Ihrer Ansprache vom 20. Juli 1969 festgestellt: „*Was uns angeht, so können wir nicht an der bis in unsere Zeit geübten Erziehung unseres Volkes zur folgsamen Untertänigkeit gegenüber aller Obrigkeit bis hin zur Unterwerfung auch unter die Befehle des Verbrechens vorübergehen. Es darf nicht verschwiegen werden, daß wir auch schon vor dem Auftreten Hitlers von allen Sedan-Feiern her und im Jubel des Kriegsausbruches von 1914 für einen gewalttätigen Nationalismus anfällig waren.*“

Selbst wenn dem so wäre: Gelten die Massenmorde von Katyn und Dresden wohl auch als „gewalttätige“ Akte? Sollen wir Ihnen jene Nummer einer lizenzierten bundesdeutschen Zeitung vorlegen, in der Hiroshima als das „größte Verbrechen des Zweiten Weltkrieges“ bezeichnet wurde? Haben sich demnach nicht Soldaten der US-amerikanischen Demokratie zur Ausführung des allerschlimmsten Verbrechens hergegeben? Sind Sie, Herr Bundespräsident, bereit, einzuräumen, daß das amerikanische Volk „zur Unterwerfung unter die Befehle des Verbrechens erzogen worden ist“, wie Sie das vom eigenen Volk folgern? Oder gilt solcherlei Logik nur insoweit, als man mit ihr das eigene Volk im Urteil der Welt herabsetzen kann?

Man müsse also, um den „gewalttätigen Nationalismus“ zu begreifen, nach Ihrer Meinung „tief in die deutsche Geschichte zurückgreifen“! Sagen wir vielleicht bis zu Napoleon I. Bonaparte! Dieser hat nach

rund 20 Jahren Krieg der Franzosen auf deutschem Boden am 2. Dezember 1811 zum Generalgouverneur des Departements Elbemündung gesagt:
„Urteilen Sie selbst, was zu befürchten ist, von einem so braven, so vernünftigen, so kalten Volke, das von jeder Ausschreitung so fern ist, daß kein einziger von meinen Leuten während des Krieges in Deutschland ermordet wurde!"
Herr Bundespräsident, bemühen Sie getrost alle Historiker der bundesdeutschen Hochschulen, in unserem ganzen Erdteil ein Volk ausfindig zu machen, das im Laufe einer zwanzigjährigen Unterdrückung eine gleiche schafsgeduldige Haltung an den Tag gelegt hätte, wie das unsrige, welches, wie Sie behaupten, bis „tief zurück in die Geschichte" zu „gewalttätigem Nationalismus" erzogen worden sei!Und dieser Zustand hat sich dann in eineinhalb Jahrhunderten so entwickelt, daß der heute angesehenste Militärhistoriker der ganzen Welt, der Engländer *Liddell Hart* in seinen Lebenserinnerungen Seite 143/144 schreiben konnte:
„Es war eine überraschende Erscheinung des nächsten Krieges (1939–45), daß sich die deutsche Armee in bezug auf menschliches Verhalten einen besseren Ruf erwarb als 1870 und 1914; man hätte eigentlich erwarten sollen, daß die Addition von ‚Nazismus' und ‚Preußentum' diesen Ruf verschlechtert hätte. . . Reiste man nach dem Kriege durch die befreiten Länder, so hörte man allenthalben das Lob der deutschen Soldaten – und nur zu oft wenig freundliche Betrachtungen über das Verhalten der Befreiungstruppen."

Wie können also die Sedan-Feiern uns zur Gewalttätigkeit erzogen haben, nachdem wir seit Sedan unse-

ren Ruf in bezug auf menschliches Verhalten nur noch mehr verbessert haben?
Der US-amerikanische Hochschulprofessor Austin *App* stellte fest, daß die deutschen Soldaten „in kalter Wirklichkeit die anständigsten Truppen des Zweiten Weltkrieges waren."
Der US-amerikanische Botschaftsrat Hugh R. *Wilson* urteilt über das deutsche Volk des Jahres 1922, dem Sie, Herr Bundespräsident, „gewalttätigen Nationalismus" nachsagen:
„Ich habe nie die Bevölkerung einer großen Nation gesehen, die so glühend laut Frieden, Freundschaft und Zuneigung ersehnte... es herrschte ein weitverbreiteter und fast rührender Glaube, daß irgendwie eine bessere internationale Ordnung entstanden sei..."
Der italienische Ministerpräsident Francesco *Nitti:*
„Aber auch schon heute und ohne besondere Forschungen kann man behaupten, daß, wenn wir während des Krieges (1914–18) von den Deutschen gesagt haben, sie seien das Kriegsvolk Europas und Krieg sei ihre einzige wahre nationale Industrie, wir damit eine vollendete Unwahrheit verbreitet haben..."
Wir hätten gehofft, daß unser vielverlästertes Volk einen Präsidenten verdient hätte der ihm hilft, die „vollendete Unwahrheit" zu *bekämpfen,* statt diese der Feindpropaganda auch noch im späten Frieden nachzubeten!
In einer Ansprache am Flaggentag – 14. Juni 1917 – wiederholte der US-Präsident Woodrow *Wilson:*
„Wir sind nicht die Feinde des deutschen Volkes... es hat diesen scheußlichen Krieg nicht angezettelt oder gewünscht!"

Herr Bundespräsident, wir fragen, wer lügt da: Der US-Präsident, oder jene, die vom andauernden Willen des deutschen Volkes reden, die Welt unter die Gewalt der deutschen Waffen beugen zu wollen?

Woodrow *Wilson* sagte ein andermal vom deutschen Volk:

„Nicht auf seinen Antrieb hin hat seine Regierung gehandelt, als sie in diesen Krieg eintrat. Das geschah nicht mit seinem Vorwissen oder seiner Billigung!"

Herr Bundespräsident, müssen Sie wirklich deutschfeindlicher sein als ein Präsident in einem fremden Kontinent, indem Sie die Begeisterung der Deutschen 1914 dem „gewalttätigen Nationalismus" zuschreiben und nicht logischerweise der Bereitschaft, einen Krieg durchzukämpfen, den das Volk nicht gewollt hat, den es also als eine Herausforderung empfinden mußte? Oder wollen Sie alle bedeutenden Politiker und Historiker des Auslandes belehren, daß sie unwissend oder unaufrichtig waren?

Noch peinlicher aber wird es, wenn Sie, Herr Bundespräsident, konkret werden. Sie erklären, daß die Deutschen „von allen Sedan-Feiern her... für einen gewalttätigen Nationalismus anfällig waren". Sedan war ein säkularer Sieg. Soll eine Nation etwa so pervers handeln, daß sie ihrer *Niederlagen* gedenkt, um ihr Selbstbewußtsein zu pflegen? Oder soll etwa Sedan nicht gefeiert werden, weil es die Wende eines Krieges war, der im Geiste der deutschen „Gewalttätigkeit" einer anderen Nation aufgezwungen worden war? Oder galt dieser Krieg nicht vielmehr von französicher Seite her der Verhinderung der deutschen Einigung?

Herr Bundespräsident, wir wollen gewiß nicht alte Gegensätze neu beleben und niemand in Deutschland

ist glücklicher als wir deutsche Patrioten über die tiefe Wandlung des deutsch-französischen Verhältnisses, die sich nach dem letzten Krieg vollzogen hat. Aber wenn der Sinn von Sedan so unverantwortlich entstellt wird, wie das durch Sie geschah, dann müssen wir dennoch Sachverhalte ansprechen, die geeignet sind, der historischen Wahrheit aufzuhelfen.

Deutschland befand sich in den letzten dreihundert Jahren in der verlustreichen *Defensive* gegenüber dem Westen! Nicht *wir* übten einen „gewalttätigen Nationalismus"! Lesen Sie bei dem Geschichtsschreiber von Louvois – Camille *Rousset:*

„Kein Volk der Erde hat seit den Tagen der Römer eine solche Leidenschaft für Eroberungen an den Tag gelegt, wie das unsere. Mögen sie gerecht sein oder ungerecht, folgenreich oder unfruchtbar, vernünftig oder toll, es kümmert sich nur wenig darum . Was die Bevölkerung der zur Eroberung ins Auge gefaßten Gebiete über den Eroberer und seinen Plan denkt, beunruhigt es nicht einen Augenblick, weil es nicht daran zweifelt, daß man stolz sein muß, ihm anzugehören."

Und sollten Sie lieber links orientierte Franzosen anhören, so böte sich ein Ausspruch des Wortführers der Girondisten, J. P. Brissot, vom 26. November 1792 an:

„Wir können nur ruhig sein, wenn Europa, und zwar ganz Europa, in Flammen steht!"

Im Grand Dictionnaire schreibt *Larousse,* daß 1870 „das Kaiserreich (Napolens III.) den Krieg wollte". Oder wollen Sie, Herr Bundespräsident, gar den französischen Deutschenhasser, Ministerpräsidenten *Clemenceau* desavouieren, wenn dieser erklärt:

„1870 erklärte Napoleon III. in einem Augenblick des Wahnsinnes Krieg an Deutschland. Kein guter Fran-

zose hat je gezögert zuzugestehen, daß das Unrecht an diesem Tage auf unserer Seite war.“

Darf man nun vor 1914 den Sieg über das Unrecht feiern, oder bedarf es dazu der nachträglichen Genehmigung des Bundespräsidenten von 1969? Wollen Sie den amerikanischen Präsidenten *Wilson* ins Unrecht setzen, wenn dieser in seinem Werk „Der Staat“ 1913 schreibt:

„Den letzten Antrieb zur Erreichung vollständiger nationaler Einheit brachte der deutsch-französische Krieg 1870/71. Die glänzenden Erfolge Preußens in diesem Kampf, der im Interesse des deutschen Patriotismus gegen französische Unverschämtheit geführt wurde, machte der kühlen Zurückhaltung der Mittelstaaten (Bayern, Württemberg usw.) gegenüber ihrem großen Nachbarn im Norden (Preußen) ein Ende.“

Also war „Sedan“ wohl doch ein glänzender Erfolg, den ein US-Präsident wärmer zu würdigen weiß, als Sie, Herr Bundespräsident, als Deutscher, vom Verständnis für die Bedeutung im Rahmen der deutschen Einigung ganz zu schweigen! Denn im letzten galt der – laut Napoleon III. von *Frankreich* entfesselte – Angriffskrieg von 1870/71 der Verhinderung einer politischen Einigung des deutschen Volkes – also der Verwirklichung eines Wunsches, den auch die Verfassung der Bundesrepublik uns heute wiederum als oberstes Ziel setzt!

Über diese Einigung von 1871 schrieb der erste Präsident der neuen Französischen Republik – Alphonse *Thiers –:*

„C'est nous, qui l'avons faite“ („Wir waren es, die sie bewirkt haben“).

Wenn ein französisches Staatsoberhaupt „Sedan“ in *diesem* Licht sieht: Muß dann ein deutsches Staats-

oberhaupt den Sinn von Sedan als Aufforderung zu „gewalttätigem Nationalismus“ skandalisieren? Durfte Sedan also wirklich nicht gefeiert werden? Sind Sie, Herr Bundespräsident, in diesem Falle die „Obrigkeit“, die ihren „Untertanen“ gerne verargen möchte, daß sie jenes Tages gedenken, der ihnen das köstlichste Geschenk der Politik vermachte: Die deutsche Einheit und Einigkeit?

Können Sie in Abrede stellen, daß Europa niemals in vielen Jahrhunderten eine längere Friedensperiode hatte als nach „Sedan“? Haben w i r diesen 43jährigen Frieden gebrochen? Lesen Sie doch einmal die Protokolle der deutsch-englischen Historikerkonferenz von 1955 nach, wo es wörtlich heißt:

„Die Politik des deutschen Reiches zielte 1914 *nicht* auf die Entfesselung eines europäischen Krieges ab!“

Heißt solche Politik bei Ihnen, Herr Bundespräsident, wirklich allen Ernstes die Politik des „gewalttätigen Nationalismus“?

Auf welcher Seite war denn überhaupt der „gewalttätige Nationalismus“? Schrieb nicht der US-Präsident *Hoover*, daß die Sieger 1918 *„habsüchtig, machtgierig, gehässig und rachsüchtig“* waren, voll *„aufgepeitschtem Nationalismus, Imperialismus, Militarismus“*, voll *„nationaler Intrigen, Eigensucht, Herzlosigkeit, Rivalität und Mißtrauen?“* Haben wirklich die Deutschen es nötig, sich täglich penetrant anzuklagen, nachdem selbst ihre ärgsten Feinde bestätigen, daß sie sich bis 1939 bemühten, diesen Versailler „Mordplan“ *friedlich* zu revidieren? Der britische Außenminister Lord *Halifax* sagte nach dem Kriegsausbruch 1939:

„Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des

Versailler Vertrages nach dem andern aufheben kann."

So steht es um die Wahrheit! Sie zeugt für Deutschland. Uns aber stehen unser Vaterland und die Wahrheit so hoch, daß wir sie unerschrocken verteidigen – *auch gegen* jene Leute im eigenen Land, von denen man es am wenigsten erwarten sollte, daß sie es nötig hätten, falsches Zeugnis gegen Deutschland abzulegen!

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Emil Maier-Dorn

Vom gleichen Verfasser erschienen ferner:

„Alleinkriegsschuld – Unkenntnis oder Feigheit“

III. Auflage broschiert, lieferbar ab 10 Stück (10x DM 1.40) = DM 14.– portofrei

In dieser 38 Seiten umfassenden Broschüre sind die wichtigsten Beweise *für den Willen zum Kriege, die Schritte zum Kriege* und *die Genugtuung über Ausbruch und Ausweitung des Krieges* auf seiten *der Gegner Deutschlands zusammengetragen.* Hervorragend geeignet – besonders jungen Deutschen – die Augen zu öffnen und das Interesse an weiterer Unterrichtung in dieser Schlüsselfrage der deutschen Zukunft zu erwecken.

„Gedichte aus den Jahren 1927 – 67“

(2-Farbendruck, 1 Bildnis, Ganzleinen, 216 Seiten) DM 17,50 portofrei

Wir wehren uns gegen den Kult des Häßlichen, Frechen, Niedrigen. Aber wir sollten auch die Frage beantworten können, was wir dieser Zersetzung aller ehrwürdigen Werte entgegensetzen können!
Dieser Lyrikband soll ein positiver Protest gegen den Verfall in der Kunst unserer Zeit sein!

„Alleinkriegsschuld“

2. Auflage, neu bearbeitet, 320 Seiten, Ganzleinenband DM 9.90 portofrei

Der Verfasser hatte mit seinem Buch „Alleinkriegsschuld“ drei Absichten verfolgt:

1. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Argumente der gesamten Weltliteratur zu diesem hochpolitischen Thema

2. In einer Zeit, da das Urteil eines Deutschen nichts mehr gilt, von jeder eigenen Wertung abzusehen und nur *400 gezielte Fragen* zu stellen. Die *1200 Antworten* stammen fast ausnahmslos aus dem Munde *führender Politiker, Militärs* und *Historiker der Siegermächte.*
3. In einem besonders preiswerten Ganzleinenband ein Handbuch für die Diskussion zu schaffen, mit dem jeder Bezichtigter des deutschen Volkes in die größte Verlegenheit gebracht werden kann.

Da der Verlust unserer Ostgebiete von den Regierungsparteien mit der deutschen Alleinschuld am II. Weltkrieg begründet wird, ist dieses Werk im Dezember 1970 ausnahmslos allen Mitgliedern des Bundestages zugeschickt worden. In den zahlreichen Zuschriften daraufhin hat kein einziger Abgeordneter irgendein Argument angezweifelt. Die Mehrzahl schwieg dazu!

„Lauter Brennesseln“
(ein politisches Lesebuch)

110 Spottgedichte auf bundesrepublikanische Zustände 180 Seiten 3 Abb. Ganzleinen DM 11.60 portofrei

Zunächst hält man es für fraglos verzerrt, wenn es zum Beispiel in „Entwicklungshilfe“ heißt:

“. . . vom Inder träumten wir vom satten
und fütterten doch nur die Ratten.“

Und wenn man dann im Teil II unter dem gleichen Titel die diesbezüglichen Zitate aus Büchern, Reden, Zeitungen heranzieht, erkennt man, daß obige zwei Zeilen eigentlich noch zu milde sind: „Auf jeden Inder kommen nach einer amtlichen Statistik zehn Ratten. Die etwa fünf Mrd. Ratten in Indien fraßen im vergangenen Jahr 15 Millionen Tonnen Getreide – fast die doppelte Menge dessen, was Indien aus den Vereinigten Staaten und anderen Ländern importierte.“ (“Passauer Neue Nachrichten“)

Leseproben:

Nachdem APO-Leute in übler Weise einen Gottesdienst der Michaelikirche, Hamburg, gestört hatten, empfahl Dr. Heinemann dieser Gemeinde, künftig derlei Rüpeleien durch Kirchengesang zu begegnen und notfalls drei bis vier Stunden dabei auszuharren.

Dr. Dr. Heinemann

Hat er‘s verdient? Ich sag er hat‘s
Daß man ihm gibt den ersten Platz.

Ein Staatsmann wird gern hochgeehrt
Mißt man ihn am Ideenwert.
Zum Beispiel, wenn er üble Flegel
Beschwört mit milder Zauberregel:
Man singt ergreifend fromme Lieder
Und hat die alte Ordnung wieder.
Vielleicht dämpft man mit Sangeston
Einst jede Revolution?
Wer weiß, da läßt sich gar nichts sagen
Man ist noch neu in diesen Fragen.
Vielleicht entfiele viel Entsetzen,
Wenn Chöre – Militär ersetzen!
Und wär der Krieg erst musikalisch
So wär das günstig, auch fiskalisch!
Einschließlich Freibier tät dies Ringen
Uns nicht so hohe Kosten bringen.
Kann man wohl auch in schweren Tagen
Aggressionen niederschlagen
Mit solchen fulminanten Mitteln?
Wir wollens vorerst nicht bekritteln.
Im Falle Rußland schlag ich vor
In moll Tannhäusers Pilgerchor.
Das brächte schließlich, wie man weiß,
Auch noch den Friedensnobelpreis.
O, wenn doch alle Völker fänden
Von solchem Geist den – Präsidenten!

Fernsehen: Echter Fortschritt!

Einst stand der Haufen nebst der Grube
Weit hinterm Haus, ganz wohlbedacht.
Heut' prangt er in der guten Stube
Ganz Deutschland sagt er: „Gute Nacht!"

Nürnberg

Ein ewig' Wort: Weh den Besiegten!
Weil sie's vom Schicksal dreimal kriegten:
Erst die Hiebe, dann die Schuld –
Nach jahrtausendaltem Kult!
Barbarisch hinterher die Strafen,
Verpaßt von den notorisch Braven.
Kann doch nur vor den Kadi kommen,
Der, dem die Waffen abgenommen.
Ob Edelleute, ob Gelichter,
Wer siegt, ist gottgewollt der Richter
Und der ist nie so konstruiert,
Daß er sich selber pönitiert.
Schon vor der Sintflut ward gelehrt,
Daß man alsdann am besten fährt,
Wenn man *die* Kriege nur beginnt,
Die bereits gewonnen sind.

Den Deutschen ins Stammbuch

Sagt von den Juden, was Ihr wollt
Für Eins gehört Respekt gezollt:
Sie waren immer solidarisch!
Genauso wie Ihr exemplarisch
Selbstmörderisch verstritten wart
In weltsideen-verbohrter Art.
Drum ist ihr Einfluß in der Welt
So groß, wie jener, der Euch fehlt.

Das Kanzleramt

1910 = 20 Personen
1970 = 872 Personen

Warum Ihr Euch denn gar so wundert,
Daß es statt zwanzig nun achthundert?
Einst sollt das Ämtchen möglichst klein
und vom Gewicht der *Kanzler* sein!
Doch wo war da ein Maß zu finden
Den Ruhm des Kanzlers zu begründen?
Drum wird *heut* das Genie gemessen
Am Haufen, dem er vorgesessen.

Freiheit?

Freiheit ist Reichtum oder Not
Kann treffen oder fehlen
Mit ihr durchschneidet dieser Brot
Der andre – Menschenkehlen.

Die einen singen „Freiheit" so,
Daß es die Sterne hören,
Die andern schreien es so roh,
Daß alles sie zerstören.

Der Stumpfe frägt nur: Frei wovon?
Der Edle: Frei *wozu?*
Das eine ist des Pöbels Ton
Das andre – hoff ich – Du!!

Vor einem Bild
im Haus der Deutschen Kunst

Einst konnte man bei Künstlerwerken,
Das, was es sein soll, leicht bemerken.
Soll, was *moderne* Bilder zeigen
Ich deuten, wird's im Kopf mir eigen.
Man frägt im Anblick mancher Wirrnis:
Spinn *ich* denn oder liegt's am Firnis?
Es ist so neu, so wunderbar,
Wüßt ich doch nur, was stellt es dar?
Pfingstwunder? Jungfrau? Saxophon?
Ich hab's: 'ne Trafostation!
Heißt es auch so im Katalog?
Da steht: „Wildsau am Futtertrog!"
Und sollt der Katalog mal fehlen
Mußt Deinen Zustand Du verhehlen
Hopp, klatsche laut, daß keiner meint,
Du wärst so blöd, als wie es scheint!

Ich bestelle zur sofortigen Lieferung – portofrei

Emil Maier-Dorn

.... Stück **„Alleinkriegsschuld"** — DM 9.90
II. Auflage 320 Seiten, Ganzleinenbd.

„Lauter Brennesseln"
.... Stück 180 Seiten Ganzleinenband 3 Abbildungen — DM 11.60

„Alleinkriegsschuld – Unkenntnis oder Feigheit"
.... Stück 37 Seiten broschiert Versand ab 10 Stck. (10x – 1.40) — DM 14.–

„Gedichte aus den Jahren 1927–67" — DM 17.50
.... Stück Zweifarbendruck – 1 Abbildung Ganzleinenband

Dr. Dr. Heinemann: „Geschichte und Geschichten"
.... Stück 104 Seiten, 2 Abbildungen — DM 4.–
10 Stück = DM 35.–, 100 Stück = DM 300.–

---

bitte in Blockschrift:

....
Vorname Name

....
PLZ Ort Straße Hs.Nr.

Postscheckkonto München 106 384 Gerichtsstand Schwabmünchen

Sollten Sie nicht stets zu Geschenkzwecken Schriften, wie diese bereithalten? Kann man mit weniger Ausgaben wertvolleren und wichtigeren Wissensstoff vermitteln? Es wird Ihr Verdienst sein, im Zeitalter der Lüge besonders die Jugend aus den Fängen der Geschichtsfälscher befreien zu helfen!

An
Emil Maier - Dorn

8934 Großaitingen

Postfach 9..

